

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neust. Graub. Nr. 2/4, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Wende zu Wende. Durch die Post bezogen 2.75, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte, 3.25.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die Redaktion ist für die unregelmäßige Erscheinung der „Volkswacht“ nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die unregelmäßige Erscheinung der „Volkswacht“ nicht verantwortlich.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1204.

Nr. 146.

Breslau, Sonnabend, den 25. Juni 1910.

21. Jahrgang.

Landagitation.

Die Landagitation der Sozialdemokratie, die früher der Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen innerhalb der Partei war, dabei aber doch nicht recht von der Stelle rückte, ist in letzter Zeit in ein neues Stadium eingetreten, in dem weniger geredet und mehr gehandelt wird. Hand in Hand mit den Anfängen einer gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter geht ihre politische Aufklärung, von deren Fortschritt die Reichstags-Wahlwahlen westlich und östlich der Elbe in erfreulicher Weise Zeugnis ablegten. Das Fundament, dessen politischer Selbsterhaltungsinhalt auf das feinste entwickelt ist, beginnt auch schon, sich der herausragenden Gefahr bewusst zu werden, und seine Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. So empfiehlt die „Volkswacht“ die Veranstaltung von fromm-patriotischen Unterhaltungs-Abenden, sowie die Gründung von unterrichtungsklassen, unter denen der ländlichen Arbeiter, denen sie rät — trotz ihrer bekannten Armut — die Kosten eines solchen Unternehmens nicht zu scheuen, da nur auf diese Weise der Fortschritt des Landarbeiter-Verbandes aufgeschoben werden könne. Die „Volkswacht“ ist überzeugt, daß das flache Land für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung einen ausgezeichneten Nährboden abgibt; denn sie schreibt:

„Manchem Landwirt, der die Größe der sozialdemokratischen Gefahr nicht ahnt, oder trotz aller Warnungen nicht begreifen will, könnten die nächsten Reichstagswahlen die Augen öffnen. Aus den wenigen Tausend Mitgliedern, die der Landarbeiter-Verband heute hat, können in einigen Jahren Hunderttausende von Wahlkämpfern werden, wenn nicht sofort energisch mit Bildung von Gegenorganisationen vorgegangen wird. Die Sozialdemokratie gleicht einer ansteckenden Krankheit. Ist der Krankheitsherd erst vorhanden, dann greift sie schnell und mächtig um sich.“

Wenn die Junker, die doch die einschlägigen Verhältnisse kennen, der ländlichen Arbeiterbewegung eine so glänzende Zukunft voraussagen, so werden sich die Genossen, die mit der Agitation unter den Proletariern des flachen Landes beschäftigt sind, dadurch nur zu noch energischer Arbeit angepornt fühlen. Es wird ihnen auch nicht schwer werden, die Verlogenheit einer agrarischen Politik nachzuweisen, da unter dem Schlagwort „Für deutsche Arbeit in Stadt und Land“ auf Kosten des Volkes Leute mästet, die nie hinter dem Pflug gegangen sind. Der Sozialismus will, daß der wirklich arbeitende Mensch auf dem Lande ebenso die Früchte seiner Arbeit genießt, wie der arbeitende Mensch in der städtischen Fabrik. Gegen die Solidarität des wirklich produzierenden, Werte schaffenden Volkes von Stadt und Land sind die Junker ohnmächtig. Denn gelingt es der Sozialdemokratie, in den ländlichen, dünner bevölkerten Kreisen vorzudringen, so wird der Machtteil einer rückständigen Wahlkreisteilung wieder weit gemacht, und zugleich hören die jungen ländlichen Staatsbürger in „des Königs Hof“ auf, brauchbare Werkzeuge für Oldenburgische Staatsstreichpläne zu sein.

Die Masse der ländlichen Bevölkerung ist nicht notwendig reaktionär gestimmt, das ist nur die dünne Schicht der Wohlhabenden. Die werktätigen Elemente des Landvolkes, die oft in weit dürftigeren Verhältnissen leben, als ihre Klassen Genossen in der Stadt, die nach Land und Brot hungernden Landbebauer und Broterzeuger, gehören mit den Proletariern der Industrie in eine Schlachtreihe. Mit Grauen sehen die Junker, wie es sich in den Dörfern und Gutschöfen zu rühren beginnt. Sie wissen, das ist das Ende! Aber werden sie es aufhalten können?

Eine Erklärung des Herrn v. Dallwitz.

Der neue preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, hatte eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berl. Lokalanzeiger“, die in recht ergötzlicher Weise zeigt, nach welchen grotesken Methoden Preußen und das Reich heutzutage regiert werden. Der Minister erklärte:

Die Berufung in dieses Amt hat mich ganz unvorbereitet getroffen, und ich habe es auch erst eben angetreten. So brauche ich kaum zu betonen, daß ich in diesem Augenblick nicht in der Lage bin, mich über die allgem. meinen Richtlinien auszusprechen, in denen ich meine Tätigkeit ausüben werde, und in derselben Lage fühle ich mich den einzelnen Fragen gegenüber, die in mein Ressort fallen. Nun weisen Sie darauf hin, daß die Öffentlichkeit diese Richtlinien bereits zu kennen glaube. Man habe sich mit meinen politischen Anschauungen beschäftigt und, wie Sie sagen, mich dabei zu einem Reaktionsär geempelt. Was diese Beurteilung meiner politischen Anschauungen betrifft, bis an meine Ernennung sich knüpfte, so möchte ich daran erinnern, daß herartige Kritiken doch immer nur der Ausfluß der Parteistellung sind, in der sich der Beurteiler gerade befindet. Ich bin der Ansicht, daß im öffentlichen Leben doch nicht die Beleuchtung, die jemand wegen seiner politischen Anschauung erfährt, den Maßstab abgeben sollte für die Urteile, die man von ihm zu gewärtigen hat, sondern daß die Urteile seines Wertens das Entscheidende ist und daß man jenseits seine Schritte ziehen sollte. Ich habe eine lange Tätigkeit hinter mir, und ich glaube nicht, daß in dieser ganzen Zeit meine Amtsführung Anlaß geben kann zu einer Beurteilung, wie sie in parteipolitischen Anschauungen zum Ausdruck gebracht wurde.

Herr v. Dallwitz ist entweder ein überlegener Satiriker, der sich über die preussisch-deutsche Art, Minister zu ernennen, heimlich lustig macht, oder aber — und das ist viel wahrscheinlicher — redet er ganz ahnungslos daher, ohne zu begreifen, daß er sich und das von ihm vertretene System durch seine Erklärung dem allgemeinen Gelächter preisgibt. Also so ein preussischer Minister wie Herr v. Dallwitz übernimmt das wichtigste Amt im Staate „ganz unvorbereitet“, ohne auch nur eine Ahnung zu haben, nach welchen „allgemeinen Richtlinien“ er regieren wird. Und wie es im allgemeinen ist, so ist es natürlich auch im besonderen, bei den einzelnen Fragen des Ressorts! Ja, hat denn der König, der die Minister ernannt oder der Ministerpräsident, der ihre Ernennung vorschlägt, den Herrn v. Dallwitz nicht danach gefragt, welcher Art die Gegenleistungen sind, die er für den Empfang seines Ministergehalts zu bieten gedenkt? Und hat der Oberpräsident von Schlesien das ihm angebotene Amt angenommen, ohne zu fragen, welche Dienste man von ihm erwartet? Als Fürst Bülow zum ersten Male als Reichskanzler im Reichstag sprach, rief er der Opposition zu: „Sie kennen mich ja noch garnicht!“ Und das war schon schlimm und für deutsche Zustände bezeichnend genug, daß die Öffentlichkeit die politischen Grundsätze dieses Mannes nicht einmal kannte, den die Gnade seines Herrn an die Spitze des Reiches berief. Herr v. Dallwitz will aber nicht nur von andern nicht gekannt sein, sondern er versichert treuherzig, er kenne sich selber noch garnicht — wie jenes Mädchen in der Tanzstunde auf die Frage, ob sie Klavier spielen könne, antwortete: „Ich weiß nicht, ich habe es noch nicht versucht!“

Herr v. Dallwitz will nicht zum Reaktionsär gestempelt werden, er stempelt sich aber selbst dazu durch die Bureaufreimanten, in der er auf „parteiliche Anschauungen“ herabsieht, und durch jene Grundlosigkeit, die er als einzigen Grundsatz des Regierungsgeschäfts anerkennt. Seine Erklärung stimmt vollständig mit dem Wilde überein, das man sich von ihm gemacht hat, abgesehen davon, daß sie die Geschicklichkeit vollständig vermissen läßt, die der neue Mann in kleineren Verhältnissen bewahrt haben soll.

Das ist Herr Johann v. Dallwitz, v. Herdenbrand und der Lohse-Letter, der von Wilhelm II. auf Bethmann-Hollweg's Rat berufen wurde, um die „wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ zu lösen! Was wird nun mit dieser wichtigsten Aufgabe, was wird mit der preussischen Wahlreform? Am 20. Oktober 1908 erklärte der König von Preußen, daß die „Vorbereitungen“ zu dieser Reform „mit allem Nachdruck betrieben“ werden. Herr v. Dallwitz aber ist „ganz unvorbereitet“.

Politische Uebersicht.

Von den Hundsgemeinen. Aus dem heute zur Wahl stehenden Kreise Friedberg in Hessen wird gemeldet: Die Erregung über die beiden Verbrechen — den Bombenanschlag auf das Rathaus und den Einbruch in die Reichsbank — ist so groß, daß daneben des Interesses für die morgige Reichstagswahl in den Hintergrund getreten ist. Von bündlerischer Seite ist in gewissenloser Weise der Versuch worden, das Attentat in Verbindung mit der Reichstagswahl zu bringen. Die bündlerische „Neue Tagesztg.“ hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem das Attentat den Sozialdemokraten zugeschrieben wird. Es mußte zurückgezogen werden.

Das Flugblatt „mußte zurückgezogen werden“, was aber eine Partei, die sich ein Flugblatt herauszugeben wagt, in Versammlungen auf dem Lande tut, wo sie nicht kontrolliert werden kann, das wird man sich danach vorstellen können. Sagte doch der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann schon nach der Hauptwahl, daß er mit Edel aus diesem Wahlkreis herausgehe — die Tage vor der Stichwahl werden ihm bewiesen haben, daß die parteipolitischen christlichen Bündler den Gipfel ihrer Hundsgemeinheit erst im Kampfe gegen die Sozialdemokraten erklommen haben.

Aus dem Wahlkreis wird uns dazu noch geschrieben: Donnerstag Morgen wurden Flugblätter verbreitet, die in der „Neuen Tageszeitung“, dem Organ der Bündler, gedruckt waren und in denen behauptet wurde, in dem Hotel „Vergahof“ in Friedberg, wo der Raubmörder wohnte, habe man in seinem Zimmer im Ofen einen Briefumschlag gefunden von der Redaktion des „Wahren Jacob“. Es ist nun wahr, daß ein solcher Briefumschlag gefunden wurde, er stammte vom Genossen David, der einige Tage vorher in demselben Zimmer gewohnt hatte und an den der Brief des „Wahren Jacob“ gerichtet war. Das verschweigt natürlich der Reichsverband. Er stellt die Sache so dar, als ob der Raubmörder mit dem „Wahren Jacob“ in Verbindung gestanden hat. Das ist wohl die Krone der Schamlosigkeit, die sich die Bündler noch je in diesem Wahlkreis geleistet haben.

Der Ministerkonsens unter Wilhelm II.

Durch die jüngsten Veränderungen im preussischen Staatsministerium ist die Zahl der preussischen Minister und der deutschen Reichsstaatssekretäre, die während der jetzt zivildienstverpflichteten Regierungszeit des Kaisers

verbraucht oder ernannt worden sind, nach einer mühevollen Zählung der Berliner „Volkswacht“, auf 86 gestiegen.

Im Reiche hat es, die noch amtierenden Männer eingeschlossen, in dieser Zeit gegeben:

5 Reichskanzler: Bismarck, Caprivi, Hohenlohe, Bülow und Bethmann.

6 Staatssekretäre des Auswärtigen: Herbert Bismarck, Marschall, Bülow, Nischhofen, Schierichy und Schön.

4 Staatssekretäre des Reichsamts des Innern: Wittich, Posadowsky, Bethmann, Telbrück.

7 Staatssekretäre des Reichsfinanzamts: Jacoby, Malchahn, Posadowsky, Thielmann, Stengel, Sydow, Wermuth.

4 Staatssekretäre des Reichsjustizamts: Schilling, Hanauer, Nibbing, Disco.

3 Staatssekretäre des Reichspostamts: Stephan, Poddiehl, Kräfte.

4 Staatssekretäre des Reichsministeriums des Innern: Monts, Heusner, Hoffmann, Trübts.

2 Staatssekretäre des Reichskolonialamts: Derenburg, Uebequitt.

In Preußen gab es in dieser Zeit:

6 Ministerpräsidenten: außer den fünf Reichskanzlern noch Eulenburg.

3 Finanzminister: Scholz, Miquel, Rheinbaben.

9 Minister des Innern: Herrfurth, Eulenburg, Müller, Recke, Rheinbaben, Hammerstein, Bethmann, Moltke, Dallwitz.

7 Kriegsminister: Bronsart I, Werdy, Kallenberg, Bronsart II, Gohler, Einem, Heeringen.

4 Justizminister: Friedberg, Schelling, Schindler, Bessler.

6 Kultusminister: Gohler, Sebitt, Hoffe, Studt, Solle, Trost.

6 Minister der Landwirtschaft: Quicus, Seyden, Hammerstein, Poddiehl, Arnim, Schorlemer.

6 Handelsminister: Bismarck, Berlepsch, Bresfeld, Möller, Telbrück, Sydow.

4 Minister der öffentlichen Arbeiten: Maybach, Thiele, Lubbe, Breitenbach.

Daneben sind die „aufstrebendsten“ Ämter: Das Ministerium des Innern, das Reichsfinanzamt und das Kriegsministerium. Das „konservierendste“ Amt aber ist das Finanzministerium und neben ihm das Reichspostamt.

Von all den hier Aufgeführten sind im Amte oder, wie Bismarck es nannte, „in den Stelen“ gestorben: vier Staatssekretäre: Monts, Hanauer, Stephan, Nischhofen, und 2 Minister: Hammerstein, Lubbe.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß Herr v. Herdenbrand und der Lohse auch den Reichskanzler binnen kurzem zur Strecke bringen wird. Das wäre dann Nr. 87.

Die Wehrsteuer abgelehnt? In der Konferenz, die im Reichsfinanzamt abgehalten wurde, um Unterlagen für eine Regelung der Veteranenbeihilfe zu schaffen, wurden nicht weniger als neun verschiedene Vorschläge auf Einführung einer Wehrsteuer gemacht. Man war sich natürlich von vornherein darüber klar, daß eine Wehrsteuer nur dann als Steuer möglich ist, wenn sie geringe Erhebungskosten verursacht. Vorgesprochen wurde u. a., einen gewissen Prozentsatz der Einkommensteuer mehr zu erheben von allen Nichtgebienten. Dieser Prozentsatz soll sich nach dem Einkommen abtufen und bei 900 Mark Einkommen mit etwa 1 Prozent beginnen, er steigt bis etwa 20 Prozent, Pfennige sind nach oben abzurunden. Die niedrigste Steuerstufe zählt etwa zehn Pfennige, der Mittelstand-Nichtsoldat 2 bis 3 Mark, der Wehrbesoldete 15 bis 20 Mark Wehrsteuer pro Jahr. Dieser Modus wäre der einfachste, hier wäre nur notwendig, im September jedes Jahres auf den Veranlagungslisten eine Erklärung zu fordern, ob der Betreffende Soldat gewesen oder nicht, auch ist der Grund der Nichtaushebung anzugeben. Ersatzrentisten gelten als Gebiente, Krüppel werden nicht zur Wehrsteuer herangezogen. Die Wehrsteuer hätte keine rückwirkende Kraft und gilt auch nur bis zum 40. Lebensjahre, dem Jahre, in dem der Gebiente zum Landsturm übertritt. Bei der Beratung soll sich dann aber gezeigt haben, daß gegen jeden Vorschlag unüberwindliche Schwierigkeiten bestanden, so daß die Teilnehmer der Kommission sich von der Undurchführbarkeit der Wehrsteuer überzeugen mußten.

Industriekapitalisten als Steuerdrückeberger. Nicht nur die Agrarier, sondern auch die ebenso patriotischen Großindustriellen verstehen sich auf die Steuerhinterziehung. Auf dem in Döhrum abgehaltenen westfälischen Landtag meinetag brachte der Ammann v. Wahren (Münster) die Steuerdrückebergerlei der Lehen- und Werkscherrn zur Sprache und führte dazu einige drastische Beispiele aus seinem Amtsbezirk an.

Eine Reihe — Namen wurden nicht genannt — habe es verstanden, an Substanzverlusten soviel abzuschieben, daß sie anfast 40.000 Mark Gemeindefiskus nur noch 1.400 Mark an Abgaben zahlen wolle. Die Reihe habe ... befreit sehr hohe ... werden anbezahlt. Hätte sich die Gemeinde nicht mit einer ... deren Gewerbesteuer zu helfen gewußt, so hätten die Kommunalsteuereinkünfte um 110 Prozent erhöht werden müssen. In einem ähnlichen Falle habe eine Reihe ... so viel Substanzverlust

angehen, daß sie noch 1700 Mark Steuern zahlen müßten. Das sei aber nicht notwendig, weil das Urteil des Landgerichts zum Erlaß ausdrücklich erkläre, dieselbe Strafe von vier Wochen Haft würde auch zu verhängen sein, wenn nur eine der vom Landgericht angenommenen Verfassungen vorläge. So könne das Reichsgericht einfach sagen: die Lieberkeimung des Vereinsgesetzes falle weg, es bleibe die Strafe wegen Vergehens gegen § 111, 110 des Strafgesetzbuchs.

Man habe die Verteilung gemeint, der Senat sei in einem Urteil wider Wittmann (ein Wahlrechtsschick nicht als großer Unfug) im modernen Sinne einen Schritt weiter gegangen und es würde sich empfehlen, den Begriff des Aufzuges zu erweitern mit Rücksicht auf moderne Verhältnisse. Wenn der Senat aber soweit gehen wollte, wie es der Anwalt wünsche, dann würde er das Gesetz nicht mehr bloß auslegen, sondern gegen das Gesetz erkennen. Im Falle Wittmann habe es sich nur darum gehandelt, ob ein Ausschuss auf das allgemeine Wahlrecht großer Umfang sei. Und das sei in jenem konkreten Falle nicht zu verneinen. Diese mit Bezug auf einen konkreten Fall getroffene Entscheidung sei in der Öffentlichkeit so verallgemeinert worden, daß etwas daraus geworden sei, was der Senat niemals beabsichtigt habe und niemals habe beabsichtigen können.

Post- und Steuervergütung bei der Anfuhr von Tabakzergewinnen. Das Reichsamt hat eine Verordnung betreffend die Vergütung des Post- und der Steuer bei der Anfuhr von Tabakzergewinnen erlassen, die jetzt dem Bundesrat zur Zustimmung vorgelegt. Der Entwurf soll die Wünsche der hiesiger beteiligten Kreise in weitestgehender Weise berücksichtigen. Insbesondere werden die Vergütungssätze so viel wie möglich den erhöhten Post- und Steuerlasten und dem berechneten Stande der Fabrikationskosten anerkannt, auch hinsichtlich der Kontrollen gewisse Erleichterungen vorgezogen werden. Dem Vernehmen nach ist man bemüht, die Arbeiten so zu fördern, daß die neue Vergütungsordnung vielleicht schon am 1. Juli d. J. in Kraft treten kann.

Die Martin'schen Enthüllungen über die Novembertage vor Gericht. Reichsanwalt a. D. Rudolf Martin hat den verantwortlichen Reaktor der „Königsberger Hartungischen Zeitung“ wegen Verleumdung verklagt. Die Verantwortung ist beim Anwalt zu Charlottenburg anhängig gemacht worden. Regensburger Martin läßt sich bei eidlich durch eine Vernehmung seines Vaters: „Deutsche Nachrichten“, deren imminente Stelle lautet: „Die Martin'schen Enthüllungen über die Novembertage sind, um es zu betonen, eine „Fälschung“, die um so dreister ist, als sie so kurze Zeit nach deren Vorfallen erfolgte. In dieser Feststellung wird dadurch nicht geändert, daß ein anderer sich diese Enthüllungen zu eigen macht und sie in sensationell aufgeregter Form noch einmal vorträgt.“

Der Wahltermin für Frankfurt-Leubus ist noch nicht angelegt. Der Treptower Wahlrechtsparagrafen und die Demonstration im Berliner Tiergarten vor dem preussischen Kammergericht. In der bekannten Strafsache gegen den Genossen Barth in Berlin, den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, fand am 21. Juni vor dem Kammergericht die Revisionverhandlung statt.

Die von Genossen Barth eingelegte Revision vertrat in der Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Er rügte unter anderem die Verkennung der Rechtsbegriffe des „Veranstalters“ und der „Veranstaltung“ im Sinne des Vereinsgesetzes, sowie des Begriffs „öffentlicher Aufzug“. Das Kammergericht entschied nach langer Beratung, daß die Revision mit der Maßgabe zurückgewiesen werde, daß Barth nur des Vergehens gegen § 111, 110 des Strafgesetzbuchs schuldig sei. Gründe: Einer Verletzung des Vereinsgesetzes habe sich Barth nicht schuldig gemacht, da er nicht als Veranstalter im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Er habe nicht öffentliche Aufzüge in selbst veranstalteter, sondern nur die Anregung dazu gegeben. Der Senat sei Stenogramm beigefügt, welcher Sage der Anregung erwecke erst den Willen des wahren Veranstalters. Die wahren Veranstalter seien die, die Veranstaltungen beim Aufzuge tatsächlich ins Werk setzten. Über der Angeklagte habe nicht bloß dazu angeregt, sondern auch dazu aufgefordert. Das sei nach dem landgerichtlichen Urteil fest. Danach habe der Angeklagte gewollt, daß öffentliche Aufzüge in ohne Genehmigung stattfinden sollten, und er habe auch gewünscht, daß die Aufforderung im „Vorwärts“ den Erfolg haben würde. Die Feststellung, daß Barth nicht als Veranstalter im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sei, ist ohne Genehmigung gegeben, kritisch verhalte, so sei darauf zu sagen: Selbst wenn man diese Definition des Aufzuges, wie sie ja auch das Landgericht wiederholte, nicht beitreten, sondern sich der von Volksgang seine in seinem Kommentar gegebenen Anschauung wolle, so wären hier doch öffentliche Aufzüge im Sinne des Vereinsgesetzes unbedenklich festzustellen. Volksgang sagte: „Eine loyale Publikatur muß vom Sprachgebrauch ausgehen, die unter Aufzug im Gegensatz zum Aufmarsch eine Menschenmenge versteht, die in geschlossener, geordneter Reihe öffentlich auftritt und durch dieses geordnete Auftreten nach außen auf das übliche Publikum demonstrierend wirken soll.“ Ein derartiges Auftreten sei aber im Tiergarten, meinte der Vorsitzende weiter, festzustellen. Und festgestellt sei, daß Barth aufgefordert habe. Wenn er nun zur Veranstaltung ohne Genehmigung und somit zu strafbaren Handlungen aufgefordert habe, so sei er aus § 111, 110 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen. Da eine Verletzung des Vereinsgesetzes durch Barth nicht vorliege, so wäre zu fragen, ob die Sache nicht an das Landgericht zurückverweisen werden müßte.

Das sei aber nicht notwendig, weil das Urteil des Landgerichts zum Erlaß ausdrücklich erkläre, dieselbe Strafe von vier Wochen Haft würde auch zu verhängen sein, wenn nur eine der vom Landgericht angenommenen Verfassungen vorläge. So könne das Reichsgericht einfach sagen: die Lieberkeimung des Vereinsgesetzes falle weg, es bleibe die Strafe wegen Vergehens gegen § 111, 110 des Strafgesetzbuchs.

Man habe die Verteilung gemeint, der Senat sei in einem Urteil wider Wittmann (ein Wahlrechtsschick nicht als großer Unfug) im modernen Sinne einen Schritt weiter gegangen und es würde sich empfehlen, den Begriff des Aufzuges zu erweitern mit Rücksicht auf moderne Verhältnisse. Wenn der Senat aber soweit gehen wollte, wie es der Anwalt wünsche, dann würde er das Gesetz nicht mehr bloß auslegen, sondern gegen das Gesetz erkennen. Im Falle Wittmann habe es sich nur darum gehandelt, ob ein Ausschuss auf das allgemeine Wahlrecht großer Umfang sei. Und das sei in jenem konkreten Falle nicht zu verneinen. Diese mit Bezug auf einen konkreten Fall getroffene Entscheidung sei in der Öffentlichkeit so verallgemeinert worden, daß etwas daraus geworden sei, was der Senat niemals beabsichtigt habe und niemals habe beabsichtigen können.

Die Martin'schen Enthüllungen über die Novembertage vor Gericht. Reichsanwalt a. D. Rudolf Martin hat den verantwortlichen Reaktor der „Königsberger Hartungischen Zeitung“ wegen Verleumdung verklagt. Die Verantwortung ist beim Anwalt zu Charlottenburg anhängig gemacht worden. Regensburger Martin läßt sich bei eidlich durch eine Vernehmung seines Vaters: „Deutsche Nachrichten“, deren imminente Stelle lautet: „Die Martin'schen Enthüllungen über die Novembertage sind, um es zu betonen, eine „Fälschung“, die um so dreister ist, als sie so kurze Zeit nach deren Vorfallen erfolgte. In dieser Feststellung wird dadurch nicht geändert, daß ein anderer sich diese Enthüllungen zu eigen macht und sie in sensationell aufgeregter Form noch einmal vorträgt.“

Der Wahltermin für Frankfurt-Leubus ist noch nicht angelegt. Der Treptower Wahlrechtsparagrafen und die Demonstration im Berliner Tiergarten vor dem preussischen Kammergericht.

Die von Genossen Barth eingelegte Revision vertrat in der Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts der Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Er rügte unter anderem die Verkennung der Rechtsbegriffe des „Veranstalters“ und der „Veranstaltung“ im Sinne des Vereinsgesetzes, sowie des Begriffs „öffentlicher Aufzug“. Das Kammergericht entschied nach langer Beratung, daß die Revision mit der Maßgabe zurückgewiesen werde, daß Barth nur des Vergehens gegen § 111, 110 des Strafgesetzbuchs schuldig sei. Gründe: Einer Verletzung des Vereinsgesetzes habe sich Barth nicht schuldig gemacht, da er nicht als Veranstalter im Sinne des Gesetzes anzusehen sei. Er habe nicht öffentliche Aufzüge in selbst veranstalteter, sondern nur die Anregung dazu gegeben. Der Senat sei Stenogramm beigefügt, welcher Sage der Anregung erwecke erst den Willen des wahren Veranstalters. Die wahren Veranstalter seien die, die Veranstaltungen beim Aufzuge tatsächlich ins Werk setzten. Über der Angeklagte habe nicht bloß dazu angeregt, sondern auch dazu aufgefordert. Das sei nach dem landgerichtlichen Urteil fest. Danach habe der Angeklagte gewollt, daß öffentliche Aufzüge in ohne Genehmigung stattfinden sollten, und er habe auch gewünscht, daß die Aufforderung im „Vorwärts“ den Erfolg haben würde. Die Feststellung, daß Barth nicht als Veranstalter im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen sei, ist ohne Genehmigung gegeben, kritisch verhalte, so sei darauf zu sagen: Selbst wenn man diese Definition des Aufzuges, wie sie ja auch das Landgericht wiederholte, nicht beitreten, sondern sich der von Volksgang seine in seinem Kommentar gegebenen Anschauung wolle, so wären hier doch öffentliche Aufzüge im Sinne des Vereinsgesetzes unbedenklich festzustellen. Volksgang sagte: „Eine loyale Publikatur muß vom Sprachgebrauch ausgehen, die unter Aufzug im Gegensatz zum Aufmarsch eine Menschenmenge versteht, die in geschlossener, geordneter Reihe öffentlich auftritt und durch dieses geordnete Auftreten nach außen auf das übliche Publikum demonstrierend wirken soll.“ Ein derartiges Auftreten sei aber im Tiergarten, meinte der Vorsitzende weiter, festzustellen. Und festgestellt sei, daß Barth aufgefordert habe. Wenn er nun zur Veranstaltung ohne Genehmigung und somit zu strafbaren Handlungen aufgefordert habe, so sei er aus § 111, 110 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen. Da eine Verletzung des Vereinsgesetzes durch Barth nicht vorliege, so wäre zu fragen, ob die Sache nicht an das Landgericht zurückverweisen werden müßte.

Die deutsche Brauwirtschaft. Die Firma Cnaelhardt u. Biermann, Bremen läßt ihre Filiale in Wale (Vipe) eingehen. 80 Arbeiter und Arbeiterinnen werden dadurch entlassen. Wie es heißt, sollen von der Firma noch mehr Filialen eingezogen werden. — Die Unterstellung der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter hört aber trotzdem auf.

Die deutsche Brauwirtschaft. Die Firma Cnaelhardt u. Biermann, Bremen läßt ihre Filiale in Wale (Vipe) eingehen. 80 Arbeiter und Arbeiterinnen werden dadurch entlassen. Wie es heißt, sollen von der Firma noch mehr Filialen eingezogen werden. — Die Unterstellung der durch die Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter hört aber trotzdem auf.

Fürsten-Subvention. Die badische zweite Kammer wollte hinter dem großen Preußen mit seiner Erhöhung der Zölle um 3 1/2 Millionen Mark nicht zurück sein. Sie hat zwar keine Erhöhung der Zölle beschlossen, dafür aber 110.000 Mk. für einen neuen Hofwagen bewilligt. In der Kammer gab es eine ziemlich lebhaft Diskussion, da von sozialdemokratischer Seite mit Recht daran

ernstet wurde, daß man in Zeiten der Notwendigkeit, in die untern Schichten über Gebühr zu Steuern herangezogen werden, nicht auch noch Staatsgelder für Zwecke verwenden, die mit der Staatsverwaltung gar nicht zu tun haben. Das großherzogliche Haus ist reich genug, wenn es notwendig ist, sei es in einen Hofwagen bauen zu lassen. Zentrum und Nationalliberale brüllten sich, durch ehrliche Zustimmung die sozialdemokratische Kritik möglichst zu vermissen. Gegen die Forderung stimmten außer den Sozialdemokraten noch 5 Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei.

Ein Majestätsverleibungsprozess? Der „Sachsenarbeiter“, das Organ des Verbandes deutscher Eisenarbeiter, wurde polizeilich konfisziert wegen eines Artikels, der einen Aufruf für eine „Nationalspende für den König von Preußen“ darstellte.

Arztbesuch in Halle. In Halle kündigten sämtliche Kassenärzte allen Krankentassen die Verträge. Einen Grund gaben sie zunächst nicht an. Die späteren Verhandlungen ergaben aber, daß sie als Hauptfache die päpstlich freie Arztwahl und im weiteren eine erhebliche Erhöhung der Honorare, namentlich für die Behandlung der Familienangehörigen der Kassenmitglieder, verlangten. Der Verband der Krankentassen in Halle lehnte die Einführung der freien Arztwahl ab. Den übrigen Forderungen wäre er entgegengekommen, doch unterblieben mit Rücksicht auf die vorerwähnte Ablehnung die weiteren Unterhandlungen. Dem Kassenverbande gelang es, inzwischen eine Anzahl auswärtiger Ärzte fest durch Vertrag auszustellen, wobei diese nach Ablauf der Kündigung der ca. 30 gegenwärtigen Kassenärzte die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder übernehmen. Die Erfolge der Bestrebungen des Leipziger Ärzteverbandes werden immer geringer.

Vom Anarchismus zum Sozialismus. Die in Chicago ercheinende „Arbeiterzeitung“, viele Jahre das Organ der Anarchisten, ist zur sozialdemokratischen Partei übergetreten. 1876 gegründet, hat sie bis 1883 in sozialdemokratischem Sinne gewirkt. Dann gab sie den politischen Kampf auf und vertrat anarchische Ideen. Als 1886 der Kampf gegen die Anarchisten allgemein geführt wurde, unterdrückte man auch die „Arbeiterzeitung“. Damals trat Joseph Diezgen in die Presse und redigierte das Blatt als Sozialdemokrat, bis ihn nach einigen Monaten die Anarchisten wieder verdrängten.

Jetzt haben die deutschen Gewerkschaften, die die Mittel zum Erhalten des Blattes liefern, mit 219 gegen 23 Stimmen beschlossen, daß es künftig politische und ökonomische Aktionen betreiben solle, ohne direkt Parteiorgan zu werden. Wieder ein Schritt zur Konsolidierung und Ausbreitung der amerikanischen sozialistischen Bewegung.

Ausland

Sympathieverbände russischer Arbeiter in Finnland. Die letzten politischen Bedingungen gestatten es der russischen Arbeiterklasse nicht in den Feldzug der Petersburger Gewaltpolitik gegen Finnland in entscheidender Weise einzugreifen. Selbst an eine Protestbewegung großen Stiles ist bei dem jetzigen Stande der Organisation, dem völligen Mangel einer legalen Arbeiterpresse und den Buchhausgesetzen gegen die Arbeiter nicht zu denken. Das einzige, was die Partei bisher zu tun vermochte, war die energische Bekämpfung der Finnlandvorlage durch die sozialdemokratische Dumaskaktion, die Ausbedung der räuberischen Ziele, die sich die Regierung Strophin im Bunde mit den Goldnechten in der Duma gestellt. Daß sich aber auch die breiten Kreise der Arbeiter lebhaft für die Finnlandfrage interessieren und allen Hindernissen zum Trotz ihre streng ablehnende Stellung und ihre Sympathie für Finnland zum Ausdruck bringen, ist aus den Rundgebungen der Arbeiter einer Anzahl Petersburger Zerkulen ersichtlich, die in der finnischen Parteipresse abgedruckt sind. So veröffentlicht das finnische sozialdemokratische Tageblatt „Kansan Oulu“ („Volkswort“) in Tammerfors in der Nummer vom 14. d. M. folgende Rundgebung:

Wir Arbeiter folgender Fabriken: Pharmazeutische Fabrik A. G., Elektromechanische Fabrik Glebow, St. Petersburger Waggonfabrik, A. G. Arthur Koppel, Gekerei Prokter, Mechanische Schuhfabrik und die Straßenbahnen der Moskauer Provinz sind durch die sozialdemokratische Dumaskaktion dem finnischen Proletariat in folgendem ihre Teilnahme:

1. Die finnische Freiheit ist identisch mit der russischen und diese wieder mit der finnischen. Die Siege, die das finnische Volk seinerzeit über die russische Regierung errang, waren Siege der russisch-finnischen Revolution. Diese tapfere Gemeinschaft hat uns befreit, den Gang der Streitfrage zwischen Rußland und Finnland stets mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen.
 2. Die zunehmende Reaktion in Rußland bedeutet eine steigende Gefahr für die finnische Selbständigkeit. Mit ihr reiste der immer frecher werdende Plan der Erdrosselung Finnlands.
 3. Gestützt auf die Mehrheit der Staatsstreikwanda vom 3./16. Juni, fühlt sich die reaktionäre Gewalt endlich mächtig genug, um den Finnen auch die letzten Reste der Selbständigkeit zu entreißen.
- Indem wir gegen das verbrecherische Vorgehen der Strophin und Konsorten energisch protestieren, erklären wir uns so-

Roland von Berlin.

Roman von Willibald Alexis (W. Göring.)

„Die werden Geschlechter schneiden.“
„Rein's auch, Gebalter; aber mehr frohe als betrübte.“
„Wasum grab' aber hier! Er könnte sie ja nach Spandow aufen lassen.“
„Nur wohl so Luft haben. Die Schuhmacher in Alt- und Neu-Brandenburg werden sich auch nicht freuen. Das Gewer hier soll die Väterung bekommen für den ganzen Loß.“
„Und, sagt noch 'mal deutlich, das Rindvieh aus Mecklenburg.“
„Sollt Ihr zollfrei, was ein berlinischer und kölnischer Knochenhauer ist, von der Grenze haben bis in Euer Reich.“
„Die's da geschrieen steht.“
„Das holsteinische auch?“
„Ei nur, wenn die Knochenhauer ihm's Tor öffnen, gibt er auch wohl die Hofsteiner frei. Schlag zehn Uhr werden die Hühner Hasen und die Harnische raffen. Der Rat wird blaße Gesichter machen. Was gilt's, ihre Hofstätt führt ihnen in die Schuld, und die Ratmänner von Eldn und Berlin laufen um die Wette, die Schlüssel zu holen, und wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“
„Sie sollen's nicht“, sprach der Meister, und zeigte dem Hofstätt über den Tisch die Hand. Es geschah mit Widerstreben, aber er reichte sie ihm als ein Mann. „Die Knochenhauer sollen die ersten sein, mein Wort darauf.“
„Nun war Barth aufgefunden und an den Hof gestreut, und die Hofstätt heide noch vieles miteinander, wie zwei, die sich nun ganz verziehen, und die geschraubten Worte fielen fort.“
„Auf den Henning halt Ihr gerechnet, Meister“, sagte Barth. „Der hat nicht auf Sie gerechnet! Aber so sind die Menschen. Frau! Du auf einen! Die siebenundvierzig Schaf Strohgen, was war das für ein Stroh, so lang' sie nicht geätzt waren. Nun, ausgezählt, ist's ein Quarf, was hat er davon!“
„Ich habe den Jungen lieb gehabt. Ich hab' ihn auch noch lieb, meiner Schwägerin!“
„Rein! Lasset sie so an, denn Hofstätt. Ich sag's Euch, Meister, wenn die Hofstätt weg wären, so gäbe es viele Hofstätt. Das wird so beten gelobt mit Juchend und Strohgen, und um einen Papststiel gibt einer sein schönes gutes Recht für. Danken wir unsern Heiligen, daß wir mehr Hofstätt haben als Mecklenburg.“

„Doch! doch!“ rief der Knochenhauer, „ich hoffe noch auf ihn; der Junge wird sein Blut nicht vergessen.“
„Ich hoffe auch“, sagte Balzer nach einigem Sinnen. „Schön war's gewesen, so der Henning die Barmtrottel schlug und seine Gefellen das Tor sprengten. — Wenn's fehlgeschlug, war's ein Jungentreich, die Hühne konnen's von sich weisen. Er hatte es zu verantworten; würde sich ausgesaget haben. Und gung's zum Schlimmten, er g'ng ein paar Jahre in die Fremde. Der findet sich überall.“
„Ist meiner Schwägerin Kind, Balzer.“
„Der Herr Hofstätt Rathenow wird ihn nun nicht im Stich lassen. Ist ja zum zweiten Mal als ein Kind im Hause.“
„Kraus und Meister! redet mir davon nicht.“
„Die Leute reden besto mehr. Er hat Diergens und Ahnke da, spricht lustige, süße Dinge, weiß zu erzählen, Gott weiß was, von seinen Tugenden und seinen Streichen und vom Hofe des Kurfürsten, spielt auf dem Brett mit der Jungfer Elisabeth, und her alle Herr lächelt dazu. Das ist hübsch vom alten Herrn, klug wollt' ich sagen. Ja, klug sind die Rathenows.“
„Hammel und Hölle! es wird nichts draus.“
„Das mein' ich auch, Meister Hofstätt. Eine Rathenow und ein zünftige Kind! Aber er ist ein feiner Mann, hält die Speckette an einer Schaur, unversehens immer höher, immer höher. Der arme Henning nur tut mir leid. So gut er springen kann, die Speckette greift er nicht.“
„Und ich will's dem Jungen eingeben.“
„Beleide nicht jetzt. Ist ja unschuldig Spiel. Geht' brauchen wir den Rathenow, und wer weiß morgen, wozu uns der Henning hilft. Nachher, nachher, Gebalter, ist noch immer Zeit. Rein quier Mann wirst heut' ein Meister fort, mit dem er noch schneiden kann, wenn er auch voraussetzt, daß es morgen ihm nichts mehr nützt. — Und — setzte er hinzu — ihr haben beide heut' anderes zu tun, und keine Zeit zu verlieren.“
Barth schämte nicht stumm. Beide griffen nach ihren Manteln, und gingen in der Stille die Treppe hinunter. Ihr Weg teilte sich bald, nachdem sie noch viel an der Ecke die Köpfe zusammengeflocht.

haft, heimlich und unheimlich zugleich. Lauter Laternen-Parade-Wörter aus den kleinen und großen Fenstern auf den Mauern drüben spielend. Und nun erkloß eines nach dem andern, die Mauern wurden finstler, die schwarzen Schatten traten unfürmlicher heraus; hier ein heiserer Abendgesang, dort ein bestimmig Gebet, und hier wieder hörte man schon das Schnarren eines ehrsamem Bürgers durch die dünnen Fachwerkmauern. Um die Ecke schallte das Horn des Nachwächters, und sein Abgesang weckte an Wächtern mit dem Geheul der Raben, das auf den heißen Dächern laut wurde. Die Schwärmer, die laumelnd und singend aus den Kellern kamen, wichen ihm aus.
Gute waren keine Schwärmer auf den Gassen. Aber auch Balzer wich ihm aus. Das hatte ein ehrbarer Mann nach zehn Uhr auf den Straßen zu suchen, wenn es kein Schlag gegeben und kein Fackelträger ihm vorleuchtete. Balzer hatte viel Geschäfte abgetan, durch viele Pflichten war er eingegangen, und wie ein Dieb über ein Verlockter wieder hinausgeschlichen. Nun wand er sich durch die engen Gassen und Winkel um Sanft Nikolaus alter Kirchen nach dem Oberberger Tor zu, wo sein Haus stand. Da fiel ein heller Lichtschein aus einem der alten Häuser auf den Platz und in dem Lichte bewegte sich ein Schatten. Rasch war er hinter dem Roland getreten, daß man ihn nicht sähe, denn er wollte nicht gesehen sein. Es war das Haus des Bürgermeisters, und aus dessen hellen Mittelstern fiel der Schein auf den Platz und das feinerne Standbild. „Der kann auch nicht schlafen“, murmelte Balzer, „und weiß doch nicht, was morgen über ihn kommt.“ Aber der Schatten im Licht war des Bürgermeisters selbst, der sich aus Fenster lehnte und hinausguckte auf den ebenen Platz. Darum blieb Balzer still hinter dem feinerne Manne stehen, denn jede Bewegung müßte ihn verraten.
Der helle Schein im Zimmer kam vom Nachtschiff, der amoch gedeckt stand, ob die daran gefestigt, doch mehr schon aufgestanden waren, und die hohen Lehnstühle standen leer. Zween überne Armleuchter brannten auf dem Tische, und breiteten ein gar wunderliches Licht über das niedrige Gemach, und die Schüssel, Teller und Pokale, verlassen da in einer Umordnung, als sie der Maler läßt. Rotbäckige Kessel und Birnen in bunten Schalen, ein angepöhlter, wunderlich gefarnter Ruch auf der Silberstachel, die hohen Trintgläser, der Ehrenpokal der Familie und die weitzäugigen Maßgen. Dachte es ein Abend gemessen sein im Haus der Rathenows, wo wieder einmal ein heiterer Straß durch die Blinden, träben Fenster schien.

Am 22. d. Mts., früh 5 Uhr, verschied nach langen schweren mit grosser Geduld ertragenen Leiden mein innig geliebter, herzensguter Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Restaurateur

August Birnbach
im 52. Lebensjahre. 3197

Schmerz erfüllt zeigt dies im Namen der Hinterbliebenen an
Breslau, den 24. Juni 1910

Die tieftrauernde Gattin,
Beerdigung: Sonntag, den 26. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Götzstrasse Nr. 20, nach Gräbchen.

Am 22. d. Mts. verstarb unser wertvolles Mitglied und Vereins-Gastwirt, Herr 3199

August Birnbach
im Alter von 51 Jahren.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren

Lotterie-Verein „Gabitzer Segen“.

Schauspielhaus
Freitag, 8 Uhr:
„Kater Lampe“.
Samstag und Sonntag, 8 Uhr:
„Die Journalisten“.
Dienstag, 8 Uhr:
„Kater Lampe“.
Freitag, 8 Uhr:
„Die Journalisten“.

Sommer-Theater
(Lieblich-Etablissement).
Freitag, den 24. Juni etc.
Zum letzten Male:
Gastspiel: Antonie Tetzlaff
Theodore & Cie.
Schauspiel in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten Grosses Konzert.

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Drama in 6 Bildern mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Zeltgarten
Dir. H. Kresnik.
Künstler-Vorstellung
im
Garten.
Entrée
10 Pfg.

Palmengarten.
Dir. H. Kresnik.
Im neu dazu erbauten
Garten
Frei-Konzert.

Neu! Neu!
Stärke-Wäsche-Waschmittel
„Excellent“
Aufs andere Waschmittel nicht nötig,
Gibt in einwöchigen Gebrauch. (320)
Versandhaus „Germania“, Breslau 5

Unwiderruflich
Ziehung am 26. Juni 1910.
32. Stettiner Pferde-
Lotterie
Los 1 Mk., 11 Lose
10 Mark
Porto u. Liste 25 Pfennig extra.
4394 Gewinne, Gesamtwert Mk.
136000
darunter 7 Equipagen
u. 110 Pferde im Werte von Mk.
114000
u. 4200 Silbergewinne i. W. v. L.
22000
Stettiner Lose
empfiehlt und versendet
General-Debit
Gust. Pfordte,
Essen-Ruhr
sowie sämtliche Lotterie-Geschäfte.

Aufpolsterung!
Matratze 4 00, Sofa 6,00 Mk.
Tapezierer Mlle, Altbäckerstr. 41, III
3198

Anzüge, gute Stoffe
neu und getragen von 13 Mark an
Reihm Altbäckerstrasse 17.

Böhm's
Wild- und Geflügelhandlungen
empfehlen: 2937
Freische Mehlteufel und Huden, auch
halbe junge Gänse, Enten, Gänse-
stein, Vack und Brathühner
zu billigen Preisen.
Geirichstr. 13, Ecke Mehlgasse.
Außerdem jeden Sonnabend, von
nachmittags 3 Uhr an, Friedrich-Wilhelm-
strasse 85, Ecke Leuhngasse.

Schuhwaren
für Damen, Herren und Kinder
in einfacher und eleganter Ausführung
zu billigen Preisen nur bei
Adolf Gottwald.
Neumarkt 44.

Blaze Reutling.
Maschinen-
Jacken
schräg und gerade
Hosen
waschecht und
dauerhaft.
Gustav Knauerhase
Inh.: Oskar Dehmel.
Filiale: Albrechtsstrasse 6.

Fugenlose goldene
Trauringe
ohne Lötstelle aus einem
Stück gestanzt,
Platzen dieser Ringe aus-
geschlossen.
Patent Verfahren...
333 gesetzl. gestemp.
Paar 6, 8, 10, 12, 14, 16 M.
585 gesetzl. gestemp.
Paar 20, 22, 25, 28, 30 M.
Feingold
830 gesetzl. gestemp.
Paar 30, 42, 48, 54, 60 M.
Durch Massenbezug u.
grossen Umsatz bin ich in
der Lage, äusserst billig
liefern zu können. 2714
Schriftliche Garantie.
Gravieren gratis.
Paul Alter
Uhren- u. Goldwarenhause
Kupferschmiedestr. 18.
Dankschreiben.
... mit den gesandten
Trauringen bin ich sehr
zufrieden, dieselben sind
10 Mark billiger als hier
am Platze.
Reinhold Ristow I. E.

Alle wissen es!
Wie ungeheuerlich gut u. billig
Käse, gute Stoffe u. dgl. bei
Wunderbar 18 III. 3304
Zugfabrik Baufstrasse 17, I.

Nur 5 Tage! Der diesjährige grosse Sommer-Ausverkauf beginnt Montag, den 27. Juni. Nur 5 Tage!

Sommer-Ausverkauf
beginnt Montag, den 27. Juni.

Hervorragende Kaufgelegenheiten:

Zurückgesetzte oder unsauber gewordene Damen-, Herren- und Kinderwäsche, Bade-Anzüge für Damen und Mädchen.

Einzelne und fehlerhafte Tischtücher, Servietten, Handtücher, Wirtschaftswäsche, Frotterwaren, weit unter Preis.

Weisse und bunte Bettbezüge, Inlets, Unterbetten, Betttücher, in bewährten Qualitäten, sehr wohlfeil.

Metalldressen für Erwachsene u. Kinder, 10 Prozent Polstermatratzen, Bettfedern mit auf die bekannt niedrigen Katalogpreise.

Taschentücher mit kleinen Webfehlern in besten reinleinenen Qualitäten.

Weisse und bunte Wirtschaftsschürzen, Damen-Reform- u. Kleider-Schürzen, Kinder-Küchen- und Schul-Schürzen. Seltene Kaufgelegenheiten.

Riesige Mengen der in den Zuschneide-Ateliers angesammelten Reste von weissen Leinen, Renforcés, Linons, Madapolams, Bettstoffen, weissen und bunten Barchents, Stickereien, Spitzen etc. etc.

Baumwollene u. wollene Trikotunterzeuge für Damen, Herren und Kinder, Sporthemden, Herren- und Knaben-Sweaters, Bade-Trikots für Herren und Knaben, Damen- u. Kinderstrümpfe, Herrensocken etc. etc.

Zurückgesetzte wollene und baumwollene Schlafdecken, Steppdecken, Daunendecken, Plaids, Tücher etc. etc.

Besondere Kaufgelegenheiten in Kamelhaar-Schlaf- und Reisedecken.

Reste und einzelne Fenster in Tüll-, Spachtel- und Handgardinen, Tüll-, Spachtel- und Hand-Stores, Portièren, Tuch- und Leinwand-Dekorationen, Tisch- und Diwan-Decken, fehlerhafte und zurückgesetzte Teppiche, Läuferstoffe, aussergewöhnlich billige Linoleum-Partien in Rollenware, abgepassten Teppichen und Läufern etc. etc.

Blusen, Jupons, Morgenröcke, Matinées, Kinderkleidchen, bis 40 Prozent unter früheren Preisen.

Auf alle regulären Waren wird während der fünf Ausverkaufstage ein Rabatt von 10 Prozent gewährt.
Verkauf nur gegen Barzahlung. — Umtausch nicht gestattet. — Auswahlordnungen werden nicht gemacht.

Leinenhaus Bielschowsky
Nikolaistr. 75/76 - Breslau - Ecke der Herrenstr.

Trauer-Hüte
in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer, 2939
Rouschestrasse 47, part. u. I. Etage.

Die Bierhandlung Weinstraße 83
beehrt sich die Geschäftseröffnung für gutausgestattete Lager-, Kulmbacher-, Malz- und Reform-Biere, täglich beste Jungbiere, Bilzbrause, Himbeer-, Zitronen-Limonaden, Selter etc. 3201
anzugeben, und bittet um geneigten Zuspruch und Empfehlung.

Letzter Ausstellungstag Sonntag, den 26. Juni
Täglich v. 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet
in Wulle's Brauerei. Eintritt 10 Pfg.
Zu zahlreichem Besuch ladet die kunstliebende Arbeiterschaft freundlichst ein (3202) Skizzenklub Altwasser.

Spezialgeschäft
für Solinger Stahlwaren
Grosse Auswahl in Taschen- u. Küchenmessern, Zick- und Feinschneidern, Sägen etc. etc. in nur bester Qualität zu billigen Preisen. Komplette Messereinstellungen in schön pol. Holzgehäusen mit Messer von 3.00 Mk. an. Sicherheitsmesserapparate von 2.00 Mk. an. Paarschneidemaschinen 3, 7 u. 10 mm schneidend von 3.50 Mk. an. (529)

H. Brettschneider,
Doppelschneiderei u. Reparaturwerkstatt
Kupferschmiedestr. 26,
3. Haus von der Stadtgasse.

M. Mosberg's
Arbeitergarderoben
mit der Schutzmarke sind unerreicht!

Alleinige Niederlage bei
V. Ljepelt, 2932
Kücherstrasse 21.

Herren, Knaben- und Arbeiter-Garderobe
Echt Reutlinger
Maschinen-Arbeit, Jacken und Hosen
2608
billig bei
Wilhelm Knauerhase
Kupferschmiedestr. 17
Vorzugiger 5 % Rabatt.

Edward Bornstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Verhandlung Volkswacht.

Rechte u. Pflichten
des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Denkschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl. Einrichtungen,
Werkzeuge für Maurer, Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei
Paul Hauschild jr.,
3013 Eisenwarenhandlung,
Nr. 102, Friedrich-Wilhelmstrasse Nr. 102.

Trotz der gewaltig gestiegenen Zuckerpriese offeriere ich
nach wie vor:
Honig-Bonbon mit reinem Bienchenhonig
gekocht (Spezialität)
1/4 Pfund 10 Pfg. 1/4 Pfund.
Pfefferminz-Bruch
1/4 Pfund 10 Pfg. 1/4 Pfund.
Pfefferminz-Pastillen, extra scharf
1/4 Pfund 15 Pfg. 1/4 Pfund.
Säuerliche Bonbons, sehr erfrischend
1/4 Pfund 10 Pfg. 1/4 Pfund.

W. H. Klingenberg,
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik
Verkaufsstellen:
Schmiedebrücke 33,
Ratharinenstrasse 18,
Neudorfstrasse
Ede Nachodstrasse.
Friedrichstrasse 41
Ede Böbentstrasse.
Friedrich-Wilhelm-Str. 58,
Ritterplatz 8 (2934)

und in verschiedenen Städten Schlesiens.

Uhren
Ketten, Ringe,
Broschen, Kreuze etc.
nur guter Fabrikat zu billigen Preisen. 3052
Bitte auf alte Firma
Max Frenzel, 39 Friedrich-
Wilhelmstr. **39**
zu achten.
39 Füllungen unterhalte ich nicht. 39

1. Beilage zu Nr. 146 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 25. Juni 1910.

Zur Lage im Baugewerbe

aus Berlin geschrieben: Die Aufnahme der Arbeit im Baugewerbe dürfte sehr wohl in den nächsten Tagen an allen Orten, wo die Arbeiter ausgepörrt waren, vollzogen sein. Auch an solchen Orten, wo zuerst starke Unzufriedenheit mit dem Entscheld des Zentralschiedsgerichts in der generellen Festsetzung der Arbeitszeit und der Lohnhöhe herrschte, haben die Bauarbeiter sich schließlich dem Beschluß ihres Verbandstages gefügt und sind auf die Arbeitsstätte zurückgekehrt.

Verzinstet konnten die Bauarbeiter in einigen Orten durch örtliche Verhandlungen mit den Unternehmern nach Darlegung der für sie ungünstigen schiedsgerichtlichen Entscheidung auch noch keine Verbesserungen über diese Entscheidung hinaus erlangen.

Wo das nicht gelingt, und die Arbeiter sich durch den Entscheld des Zentralschiedsgerichts benachteiligt fühlen, sollten sie nicht die Arbeit verweigern, sondern sich an ihren Verbandsvorstand um Rat und Hilfe wenden. Die Arbeit aufzunehmen, ist Beschluß des Verbandstages.

In Pappel lehnten die Bauarbeiter in einer stark besuchten Versammlung die Aufnahme der Arbeit ab. Die Ortsverwaltung der Verbände wurden freigelegt, sofort mit der örtlichen Organkonferenz der Arbeiterverhandlungen einzuwirken, damit für Pappel eine sofortige Erhöhung des Lohnes um mindestens 3 Pfennig herbeigeführt wird. Das sei notwendig, um den infolge der zunehmenden Arbeitszeitverlängerung um 2 Stunden wöchentlich entstehenden Lohnausfall auszugleichen und eine Kürzung des bisherigen Wochenverdienstes zu verhindern.

In Bergedörf wurde mit 107 gegen 103 Stimmen bei den organisierten Maurern beschloffen, sich dem Schiedspruch nicht zu fügen.

In Breslau läßt sich eine Verbindung der Bewegung nur absehen, wenn sich die Arbeitgeber zu einem weiteren Zugeständnis bequemen.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagskandidatur für Magdeburg. Wie unser Magdeburger Parteiblatt meldet, beschloffen die Parteifunktionäre des Magdeburger Wahlkreises in ihrer letzten Sitzung, den Genossen Rechtsanwalt Otto Vandsberg aufzufordern, seinen absehbaren Standpunkt aufzugeben und die Reichstagskandidatur für Magdeburg zu übernehmen. Genosse Vandsberg hat daraufhin eine zusage Antwort gegeben.

Viele Mitteilung über die Kandidaturfrage wurde in den Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die offizielle Aufstellung des Kandidaten wird in der im Juli stattfindenden Generalversammlung des Vereins stattfinden. Es unterliegt nach dem Magdeburger Parteiblatt, keinem Zweifel, daß die Genossen die Kandidatur Vandsbergs mit erdrückender Mehrheit, wenn nicht einstimmig, ablehnen werden.

Zum preussischen Wahlrechtskampf. Genosse Marxmald von der „Königsberger Volkszeitung“ stand vor der Strafkammer, weil er in der Stadtverordnetenversammlung bei Verlesung der polizeilichen Maßnahmen gegen die Wahlrechtsdemonstranten die Polizei beleidigt haben sollte. Das Gericht kam zu einer Freisprechung.

Arbeiterbewegung.

Achtung, bei Arbeitsangeboten nach Italien. Die Landeszentrale der italienischen Gewerkschaften berichtet, daß die Spiegelpolierer in Brescia (Italien) im Streit stehen. Da die Unternehmer besonders in Wien, Brüssel, Paris und Berlin Streikbrecher suchen, so bittet sie, solche Arbeitsangebote abzulehnen.

Breslauer Schauspielhaus.

Man tut Gustav Freytags „Journalisten“ doch zu viel Ehre an, wenn man dies Lustspiel, wie es in vielen Literaturgeschichten und an unseren Schulen geschieht, in eine Komödie mit Lessings „Minna von Barnhelm“ und gar Kleists „Verbrüderung“ stellt. Solchen Vergleich hält das Werk nicht aus, weder hinsichtlich des dramatischen Stoffes der Handlung, noch was die Charakterzeichnung betrifft, und vor allem nicht in dem, was es uns über das Leben sagen will oder doch wenigstens den Teil davon, den es zum Gegenstand hat. Freilich andererseits ist dies Lustspiel fern von der schiefen Gefühl- oder Sachmangelhaftigkeit der Masse unserer Komödien und gefällt immer wieder durch den frischen freien Zug, der es durchzieht.

Die geistige Aufführung ließ leider gerade diesen frischen Zug ziemlich vermissen. Herr Mitterer sollte dem Dargestellten a. D. ruhig eine Nuance mehr vom Militär geben, mehr schmerzhaftige Soldatenhaftigkeit und Galanterie. Und so tief melancholisch unberührt brauchte der edle Professor des Herrn Mitterer doch nicht dreinzuschauen. Herr Lobtus gab dem Helden Conrad Holz viel Frische und jeden Hebermut, aber im Wunde des Künstlers selbst liegt wohl nicht jener bestimmte Tropfen urwüchsig sprudelnder Munterkeit, der diese Gestalt erst recht lebendig macht. Fräulein Selbrandt (a. G.) als Adelsheldin gesteht mit jeder Szene mehr, nur sollte sie sich jeder Spur dessen enthalten, was man gemeinlich als Koketterie empfindet. Aus der großen Fülle der Mitwirkenden seien noch hervorgehoben Herr Gebemann als Myrker Altmann, Herr Benz als wüthiger Brod Wepensbrin, Herr Kaproth als trefflicher Schreiber Herr. Einen wohlverdienten Beifall auf offener Szene erwarb sich Herr Meißner durch seine feine Charakteristik des armen jüdischen Stridenten Schmod. J. U.

Aus aller Welt.

Der unbekannte Bombenattentäter in Friedberg. Die Untersuchung hat ergeben, daß der im Bueghotel in Friedberg abgegangene Fremde, der sich unter dem Namen eines Kleinfelders Schmidt eintragen hatte, nicht identisch ist mit dem Attentäter, sondern daß es sein vielgeheißenes Komplize ist. Der angebliche Schmidt wurde in Bad Homberg verhaftet; er befindet sich auf dem Transport nach Friedberg. Es steht fest, daß die Verbrecher vor dem Bombenattentat in der Wochenbeimer Landstraße sich mehrere Tage aufgehalten haben. Auf eine Anfrage in Halle wird der „Frankf.“ Btg. mitgeteilt, daß der Chaufer Baikenstein auf der dortigen Polizei nicht gemeldet und auch sonst nicht bekannt ist. Die Kriminalpolizei in Halle hat ebenfalls eine Untersuchung eingeleitet. Es gewinnt den Anschein, daß an den Verbrechern nicht nur

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Juni.

Geschichtskalender.

25. Juni.

- 1824 Der Dichter Heinrich Heine in Berlin (Mecklenburg) *.
- 1828 Der Komponist Joachim Raff in Frankfurt a. M. †.
- 1834 Savie Carnot, Präsident der französischen Republik, erschossen.

Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten-Versammlung feierte gestern die Festwoche zunächst durch eine fast zweistündige Debatte über Asphaltstraßen und deren Kosten. Seit die „Deutsche Tageszeitung“ in Berlin das Wort vom „Asphaltliberalismus“ geprägt hat, versuchen die Rechtsparteien anscheinend das ihnen feindliche Gebilde nicht nur durch Bekämpfung des Liberalismus, sondern auch durch Abschaffung der Asphaltstraßen auszuwischen, während die Liberalen mit ebensoviel Fähigkeit am großstädtischen Asphalt festhalten. In milder Breite legt zu Beginn der Debatte Herr Finger die finanziellen, wirtschaftlichen, hygienischen, straßenpolizeilichen und sonstigen Schäden des Asphaltpflasters dar und wurde in diesem Anliegen von den Herren Nassch, Carboeus und Kaiser fleißig unterstützt. Dabei handelte es sich in der Vorlage selbst gar nicht um die Anlegung neuer Asphaltstraßen, sondern um eine vertraglich festzulegende Preisverbilligung, welche die Firma Feierich u. Co. für die Anlegung und Befestigung von asphaltierten Wohnstraßen gewähren wollte. Allerdings vermutete ein Teil der Stadtverordneten hinter dieser Vereinbarung mit Feierich mit gutem Recht andere Motive. Herr Feierich hofft danach auf größere Aufträge und die Magistratsbegünstigten haben offenbar die Absicht, sie ihm zuzuwenden und auf diese Weise wollten die Asphaltgegner unter keinen Umständen treten. Trotz der auffälligen Bemerkungen des Stadtv. Heilberg und der ausführlichen Erläuterungen des Stadtbaurats von Scholz wurde der neue Vertrag von einer knappen Mehrheit verworfen.

Der Magistrat hat die Einführung der Berufs-Vormundtschaft für Breslau beantragt.

Stadtv. Goldschmidt (lib.) erstattete nun hierüber den Ausschußbericht. Er schloß dazu aus, die Anstellung eines Berufsvormundes und behördlicher Waisenpflegerinnen werde Geld kosten, aber dieses Geld sei gut angewendet. Der Berufsvormund müsse sich mit dem Vormundschaftsgericht in Verbindung setzen. Er habe die Möglichkeit, sich um Mutter und Kind besser kümmern zu können. Vom Standesamt sei er von jeder unehelichen Geburt sofort zu benachrichtigen und auch die Einbindungsanstalten könnten sich an ihn wenden. Vermöge seiner größeren Gelehrsamkeit und den Erfahrungen seiner Praxis werde es ihm leichter möglich sein, die unehelichen Mütter zur Sorge für ihr Kind heranzuziehen. Für die behandelten Pflanzlinge ist das Gehalt vom Magistrat auf 75 Mark im Monat bemessen worden. Das sei entsetzlich zu wenig. Auch könne man nicht damit einverstanden sein, daß nur solche Frauen zugelassen würden, die einen höheren Bildungsgrad genossen haben. Man brauche hier Frauen aus allen Ständen und zwar komme es nicht so sehr darauf an, welchen Bildungsgang sie genossen, sondern daß sie Erfahrungen in der Kinderpflege haben. Hoffentlich werde durch die neue Einrichtung die Kindersterblichkeit in Breslau erheblich vermindert werden können. Wenn Berufsvormund und Pflanzlinge mit Menschlichkeit und offenem Sinn aus Werk gehen, wird die Einrichtung Breslau zur Ehre gereichen.

Stadtv. Meißner (Soz.): Wir sind mit der Vorlage einverstanden, die uns eine bessere Ausattung der Waisenpflege bringt. Die ehrenamtlichen Vormünder haben ihre Tätigkeit gemeist nicht so ausgeübt, wie sie es sollten. Von oben herab bestellt, gingen sie unweilend nur widerwillig an ihre Arbeit und mancher Vormund hat jahrelang sein Mandat nicht gesehen. Erentlich ist auch die An-

stellung besoldeter Pflanzlinge, doch muß man es als bedauerlich bezeichnen, wenn der Besuch einer höheren Lehranstalt als Vorbedingung gelten soll. Es kommt hier weniger auf die akademische Bildung an, als darauf, daß die Pflanzlinge mit Herz und Liebe und praktischem Verständnis an die Sache herangehen. Wenn man sich mit einem klugen akademischen Gutachter auf den Standpunkt stellt, daß nur eine bessere Vorbildung für einen solchen Posten geeignet macht, dann müßte ja der größte Teil unserer Hausfrauen zur Erziehung der Kinder nicht tauglich sein. Man richte hier seine sinnliche Maue auf. Es werden sich geeignete Frauen und Mädchen finden. (Beifall.)

Stadtv. Peterson: Der Magistrat hat sich anfangs auf den Standpunkt gestellt, den Sanitätsrat Dr. Traube in Leipzig einnimmt, der langjährige Erfahrungen besitzt und der Meinung ist, daß eine höhere Bildung für ein solches Amt am besten befähigt. Als aber im Ausschuß hiergegen Bedenken erhoben wurden, ist der Magistrat auf seinem Standpunkt nicht stehen geblieben. Eine gewisse Schulbildung ist für ein solches Amt unumgänglich nötig, aber unsere Breslauer Volksschulen stehen in einem guten Maße und vermitteln auch die Bildung, die hier erforderlich ist. Es soll also für die Anstellung nicht eine höhere Schulbildung, sondern ganz allgemein eine gute Schulbildung als Erfordernis gelten. (Beifall.)

Die Vorlage wurde angenommen. Ein Tringalschleissantrag fordert die Bewilligung der Mittel für den Oberlehrer Dr. Gussinde vom Johannesgymnasium zu einer Studienreise nach Italien und Griechenland. Der Referent, Stadtv. Meißner, empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Löbe (Soz.): Der Herr Referent hat es als eine erfreuliche Neuerung bezeichnet, den Lehrer nach dem Auslande zum Zwecke von Kunststudien zu entsenden. Wir stimmen dem Antrage zu, bedauern aber, daß der Magistrat von der erfreulichen Neuerung abgewichen ist, als es sich um die Entsendung einiger Handwerker und Gesellen nach der Brüsseler Weltausstellung handelt. Was der Lehrer auf seinem Gebiet lernen wird, hätten die Handwerker in Brüssel auf dem ihrigen lernen können. Welches wäre nützlich gewesen und ich hoffe, daß der Magistrat künftig seine Stellung entsprechend einrichtet.

Bürgermeister Trentin: Wir haben dem Antrage auf Entsendung von Handwerker nach Brüssel mit nicht ungeteilt, weil wir nach allen Auskünften der Meinung waren, daß das zwecklos sei. Wir haben angefragt, ob geteunte Führer vorhanden seien und erhielten die Auskunft, daß Führer für die Ausstellung zum Preise von 25 Franken pro Tag zu haben seien. Das waren aber nicht die Führer die wir brauchten. Die Entsendung von Handwerkern hätte also ihren sachlichen Zweck nicht erfüllt, prinzipiell ist wir aber nicht gegen die Entsendung von solchen.

Ohne Debatte wurden folgende Vorlagen erledigt:

Einige Volksschulhäuser nebst Gebäude für Hauswirtschaftsschule mit Dienstwohnungen für Rektor und Schulleiter an der Steinstraße östlich der Bohrauerstraße nach dem Anschlage von 688.900 Mark;

Erweiterung einer Ufermauer an der Uferstraße oberhalb der Kaiserbrücke für 312.000 Mark;

Anlegung der Mittelpromenade mit Reitweg auf der Kaiserstraße zwischen der jüdischen Mauer und Kaiserstraße; Restfläche von 600 Mark für den Kontrakt des Verbands des deutschen Arbeitnachweise, der vom 27. bis 28. Oktober d. J. in Breslau tagt;

Wiedererrichtung der von der Armenverwaltung geräumten Aueaus im Stadthause und in den Grundrücken Elisabethstraße 12 und 8, Alna 4 und 6, Schulerstraße 74, Altkirchplatz Nr. 14 und an der Elisabethstraße 34 für andere Aueaus, was 16.500 Mark erfordert;

Erweiterung des Verwaltungsgebäudes und Bau eines dritten Gebäudes auf dem Kommunalkirchhof bei Gräbchen zusammen für 11.000 Mark.

Als neuen Stadtrat wählte die Versammlung mit 61 von 69 gültigen Stimmen den bisherigen Stadtverordneten Gymnasialdirektor Dr. Richter. Die übrigen drei Stadtratswahlen werden bis zum Herbst verzögert.

zwei, sondern drei Personen im Spiel waren, die getrennt von einander wohnten und sich am Tage und auch Nachts Rendezvous gaben. Todessturz von der Wallonhalle. Ein betrieblender Unfall ereignete sich gestern Abend auf dem Neubau der Wallonhalle in Halle. Der mit dem Treten des Tades beschäftigte 23-jährige Arbeiter Richard Höne aus Kärnten stürzte infolge eines Rehlritzes 32 Meter tief herunter und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Der unfreiwillige Luftschiffer. Eine gefährliche Luftreise hat, wie aus New York gemeldet wird, das vierjährige Söhnchen eines Herrn Charles Bergart in dem Kneideler gemacht, den sein Vater für einen New Yorker Sportswoman gebaut hat. Der Kleine war über die untere Traafäche geklettert gerade in dem Augenblick, als Herr Bergart den angefeilten Apparat im bestigen Winde zu einem Probeflug aufsteigen ließ. Als der Aermplan eine Höhe von 200 Fuß erreicht hatte, sahen die Eltern mit Entsetzen den Kopf ihres Liebling über dem Rand der vom Sturm hin und her geschleuderten Flugmaschine aufstehen. Sie schrien ihm zu, sich an die Drähte festzuklammern, und arbeiteten mit fieberschäfer Eifer drei Stunden lang, den Apparat an dem Kabel, das ihn mit der Erde verband, herunterzulassen. Inzwischen waren Nachbarn zur Hilfe herbeigeeilt, und so gelang es endlich der vereinten Anstrengung von vier Mann, an der Winde die Maschine niederzuholen. 30 Fuß vom Boden entfernt kippte sie indessen unter einem Windstoß um, der Junge wurde herausgeschleudert und landete so glücklich in einem Gebüsch, daß er von der gefährlichen Partie nur ein paar leichte Schrammen davontrug.

Von einer Dogge zerfleischt. In Schlangenbad im Tannus wurden gestern zwei Damen, Frau v. Krollig und deren Schwester, Frau v. Knebel, von einer Dogge, welche der Frau v. Krollig gehörte, angefallen und beide furchbar zerfleischt. Erst als der Sohn der Frau v. Knebel zu Hilfe eilte, ließ das wütende Tier von den Damen ab. Der Hund wurde sofort getötet und der Kopf zur Untersuchung auf Tollwut nach Schwabach geschickt. Die beiden Frauen sind sehr schwer verletzt.

Der Krieg im Kloster. Nach den letzten Nachrichten sind bei den Kämpfen zwischen geistlichen Mönchen im Kloster Joor auf dem Berg Athos, 11 Mönche getötet und 34 verwundet worden. Dem Kampfe konnte nur mit Hilfe von Genarmen ein Ende gemacht werden. Das Kloster ist provisorisch geschlossen.

Größtens im „Jalobhof“. Nachdem es erst läuft im Spindlershof zu Berlin gebrannt hatte, brach am Donnerstag Nachmittag um 1 1/2 Uhr in dem im gleichen Industriegebiet liegenden „Jalobhof“ Feuer aus. Dieser Industriekomplex befindet sich in der Alten Jalobstraße 23/24 an der Dranienstraße und umfaßt mehrere Höfe. Im zweiten Durchgebäude ist im vierten Stock das Lager der Leppischfabrik von Heinrich Galt untergebracht. Der lag der Brand. Das Feuer hatte sich unmerklich weit ausgebreitet, so daß, als es erlosch wurde, schon die Flammen aus dem Dachstuhl herans-

schlugen. Gewaltige Rauchschwaden lagerten über dem ganzen Viertel. Die Löscharbeiten wurden anfangs durch die starke Rauchentwicklung sehr erschwert. Von zwei Höfen aus drangen die Sappeure über mechanische Leitern hinweg gegen den Brandherd vor. Nach einlässlicher Arbeit gelang es, das Feuer zu löschen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Auf Flügeln des Aeroplans... Eine originelle Heiratsannonce findet sich, wie man aus Münster mitteilt, in der „Münsterischen Zeitung“ vom 19. d. M. Dort erklärt ein Volantier, der offenbar den Ruhm einbringen will, als erster die in den Wigblättern längst beliebte Hochzeitsreise im Aeroplan wirklich gemacht zu haben folgendes Heiratsgeluch!

Heirat! Erfinder einer Flugmaschine wünscht sich zu verheiraten, um gemeinschaftlich Flüge zu unternehmen. Konfession Nebenache. — Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung. Ob wohl eine der halben Töchter was sich bereit finden wird den gefährlichen Flug durchs Leben und die Lust in Gemeinschaft mit dem heiratstüchtigen Erfinder zu wagen!

Konfessioneller Stundenplan für die moderne Schule im 20. Jahrhundert.

(Antrag des Zentrums.)

Montag. 8-9 Religionsunterricht, 9-10 Erbauungsstunde, 10 bis 11 Glaubenslehre, 11-12 Andachtsübungen, 2-3 Gesang; Choräle, 3-4 Lärnen: Kniebeuge usw.

Dienstag. 8-9 Bibellehre, 9-10 Geschichte der Kreuzzüge, 10 bis 11 Glaubenslehre, 11-12 Physik: Sonnenfleckensichte, 2-3 Unterricht im Gebetsbeten, 3-4 Freilübungen: Händefalten und Sich-beknechten.

Mittwoch. 8-9 Physik: Theorie der Dunstlammer, 9-10 Kosmologie: die verschiedenen Ratten im Mittelalter, 10-11 Chemie: Volksart und Heilungsmittel, 11-12 Deutscher Aufsatz: Lektüre und Exzerptieren.

Donnerstag. 8-9 Geographie: der schwarze Erdteil, 9-10 Herenprozesse und Teufelsausdrückungen, 10-11 Unterricht im Schmarzzeichnen, 11-12 Lesen der heiligen Schrift, 2-3 Gesang zur Orgel: Gallileja! 3-4 Lärnen: Pauchwischen.

Freitag. 8-9 Bapstliche Geschichte: Konstantin, 9-10 Rechnen: 2 x 2 = 5, 10-11 Malkunde: Kirchenfensterornamentik, 11-12 Naturgeschichte: Der Dompfaff. 2-3 Unterricht im Fahren und Rasteln, 3-4 Turnspiele: wer fängt sich vorm schwarzen Mann? Blindenfug. Dreh dich nicht um, der Ringelbeutel geht um.

Sonnabend. 8-9 Religionsgeschichte: Der Jesuitenorden, 9-10 Der Indus, 10-11 Wunder-Geschichte. 11-12 Reichthümlicher Kalender-Runde. L. W.

Zum Streit der Maurer

haben nun auch die Breslauer Zimmerer Stellung genommen. Wie zu erwarten, haben auch sie den Schiedsgericht abgelehnt und beschlossen, allgemein in den Streit zu treten. Ueber die Versammlung, die zeitweilig recht stürmisch verlief, orientiert folgender Bericht:

Die Versammlung tagte im Gewerkschaftshaus und war von ungefähr 450 Zimmerern besucht. Wie Goldschmidt mitteilte, hat am 21. eine Mitglieder-Versammlung stattgefunden, in welcher einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, dem Hauptvorstand zu unterbreiten, daß die Breslauer Zimmerer nicht gelassen seien, den Schiedsgericht anzuhören, sondern in einen allgemeinen Streik einzutreten. Der Vorstand sollte sich äußern, wie er über die Weiterziehung der Unterstufung denkt. Goldschmidt ist dem Auftrag der Kameraden nachgekommen und hat an den Vorstand ein diesbezügliches Schreiben gerichtet und um sofortigen Bescheid ersucht. Jedoch ist bis heute eine Antwort nicht eingetroffen. Die Nachrichten wurden mit Unwillen entgegengenommen. Die Mitglieder schied sich des näheren über die ganze Situation. Die Bewegung habe verschiedene Wandlungen durchgemacht. Es geht viele kleine Orte, wo eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden ist und wo noch Löhne von 80 oder 82 Pfg. gezahlt werden. Schmidt führte einige Orte an. Für solche Vertragsgebiete bedeute das Erzielte unbedingt eine erhebliche Milderung gegenüber dem heutigen Zustande. Andererseits allerdings liege die Sache da, wo größere Städte in Frage kommen und wo die Kameraden stark organisiert sind. Diese konnten aus eigener Kraft unter Umständen mehr erreichen. Über hierbei sei Verschiedenes zu berücksichtigen. Wir müßten sehen, daß der Maschinenmarkt und die Weltwoche ohne unser Zutun zustande gekommen sind, es könnte kommen, wenn wir treiben, daß wir noch 3-4 Wochen im Kampfe liegen müßten. Wir stehen schon 4 Wochen im Kampfe und gar viele sehen sich nach geordneten Arbeitsverhältnissen.

In der lebhaften Debatte hielten die Sprecher am Streit fest; auch die Kameraden, die arbeiten und 60 Pfg. Lohn bekommen, sollen herunter geholt werden von den Bauten. Schmidt hielt die Forderung als eine verkehrte Taktik, wenn die Unternehmer sich verpflichten, 60 Pfg. zu zahlen, was wir ja wollen, dann kann doch gearbeitet werden. Die Maurer, die den allgemeinen Streik proklamieren, wären übergegangen, bei den Meistern, die einen Revers unterschreiben, bis April 1911 einen Stundenlohn von 60 Pfg. zu zahlen, die Arbeit aufzunehmen. Bereits haben sich 6 Arbeitgeber dazu verpflichtet. Wir Zimmerer sollen aber selbst bei 60 Pfg. mit der Arbeit aufhören? Schon zahlen 14 Zimmermeister 60 Pfg.

Es ging darauf folgender Antrag ein: „Freitag, den 24. Juni ist überall die Arbeit niederzulegen. Es wird den Meistern ein Tarif unterbreitet mit der Forderung 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 60 Pfg. Stundenlohn, welcher bis 1. April 1911 Gültigkeit hat. Wo der Meister den Tarif durch Unterschrift anerkennt, kann die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Arbeitsnachweis liegt in Händen des Vorstandes und bleibt der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber gesperrt. Die Unterstufung wird aus der Lokalfasse und aus den hier befindlichen Zentralkassengeldern gedeckt.“

Die Disziplin, die anfänglich sich in ruhigen Bahnen bewegte, wurde später erregt. Durchaus sollte der Generalstreik proklamiert werden. Niemand sollte arbeiten. Schmidt und Goldschmidt ermahnten, sich auf keine schiefe Ebene zu begeben. Man sollte nicht töricht handeln. Ein einziger Redner führte aus, daß der Generalstreik der größte Fehler wäre. Nach endloser Aussprache wurde über obigen Antrag geheim abgestimmt und der Antrag mit einer kleinen Mehrheit angenommen.

Wie wir hören, soll der Beschluß der Zimmerer so verstanden werden, daß überall da, wo sich die Unternehmer verpflichten, 60 Pfg. Stundenlohn zu zahlen, weitergearbeitet wird. Das ist bisher bei 14 Unternehmern der Fall. Auch bei den Maurern ist die Forderung der Unternehmer bereits durchbrochen. Mehrere Unternehmer haben schon seit einiger Zeit sich schriftlich verpflichtet, die 60 Pfg. zu zahlen. Bei ihnen wird ebenfalls nicht gestreikt.

Am Donnerstag Abend haben auch die Puzer einstimmig beschlossen, mit in den Streit zu treten.

Achtung, Zimmerer! Alle Kameraden, die in Arbeit stehen, werden ersucht, Sonntag Vormittag um 10 Uhr ins Zimmer Nr. 34 des Gewerkschaftshauses zu kommen. Alle auswärtigen Zimmerer werden dringend gebeten, nicht nach Breslau zu kommen, bis die Arbeitsbedingungen hier geregelt sind.

Die Gewerbegerichte in Schlefien. Wer als gewerblicher Arbeiter seinen Arbeitgeber wegen Lohn, Arbeitspapieren usw. verklagen will, muß sich ans Gewerbegericht wenden, wenn ein solches Gericht am Orte vorhanden ist. Oft weiß man nun nicht, ob am Orte ein Gewerbegericht besteht oder nicht. Wir geben deshalb aus einer Zusammenstellung des Reichs-Arbeitsblattes das Verzeichnis der schlesischen Gewerbegerichte:

Regierungs-Bezirk Breslau: Breslau, Bries, Freiburg, Friedland (Stadtbezirk und die Gemeinden Göhlenau, Raffsnau, Rosenau, Rendorf, Schmidtdorf, Sörbendorf, Nieber-Waltersdorf, Langwaltersdorf, Reimwaldau und Gutbezirke Göhlenau und Langwaltersdorf), Gottesberg (Stadtbezirk und Gemeinden Ober-Hernsdorf, Felhammer, Neu-Lässig, Neu-Hohendorf, Alt-Lässig, Ohlau, Reichenbach (Kreis), Schweidnitz, Wartenburg, Wansien.

Regierungs-Bezirk Liegnitz: Vollenhain, Bunzlau, Görlitz, Glogau, Grünberg (Kreis), Hannau, Hirschberg (Kreis mit Kammern in Hirschberg und Schmiedeberg), Hoyerwerda (Kreis), Lauban, Liegnitz, Neufals a. O. (Kreis Freystadt), Weißwasser.

Regierungs-Bezirk Oppeln: Beuthen (Stadtbezirk), Beuthen (Landkreis), Gleiwitz, Rattowitz (Stadtbezirk), Rattowitz (Kreis mit drei Kammern), Königshütte, Leobschütz, Myslawitz, Neisse, Neußadt, Oppeln, Railbor, Zarnowitz (Kreis), Zabrze (Kreis).

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Landarbeiter, Dienstmädchen und Bedienungsfrauen niemals bei einem Gewerbegericht klagen können; sie müssen ihre Klagen beim Amtsgericht einreichen. Mädchen und Frauen dagegen, die in Geschäftswirtschaften arbeiten, sind berechtigt, sich an die Gewerbegerichte zu wenden. In den Städten und Landgemeinden, wo kein Gewerbegericht besteht, müssen alle Klagen, auch die der gewerblichen Arbeiter, an die Amtsgerichte geschickt werden.

Pastor Nitsche beschuldigt den Abgeordneten Wächtemann der Majestätsbeleidigung.

Nachdem der anständige Pastor Nitsche von der „Schlef. Morgenst.“ die famose Niederlage des Kandidaten Stroffer im Wahlkreise Jauer-Landeshut vom ersten bis zum letzten Tage so wunderbar organisiert hat, rächt er sich an dem Sieger im Kampf, indem er ihn der Majestätsbeleidigung beschuldigt. Das „Jauersche Stadtblatt“ ist nämlich autorisiert, folgendes zu erklären:

Als Herr Ehrenredakteur Dr. Nitsche aus Breslau die Leitung des konservativen Wahlbureaus in Jauer übernahm, hatte er natürlich den Wunsch, den Herrn Kandidaten Wächtemann zunächst persönlich zu hören. Die erste Gelegenheit dazu bot sich ihm am 20. April d. J. in der Wählerversammlung in Jägerdorf, an welcher Herr Dr. Nitsche, den Wahlbureauleiter unbekannt, teilnahm. Er verfolgte die Rede des Herrn Wächtemann mit größter Aufmerksamkeit und hörte ausdrücklich, daß Herr Wächtemann in einer Rede von Sr. Maj. dem Kaiser einen „hochfahrenden Herrn“ nannte.

Diese Äußerung hat Herr Dr. Nitsche sofort festgelegt, auch sofort in einer Rücksprache mit einem anderen Herrn der Konservativen Partei, der zusammen mit ihm in der Versammlung war, festgestellt, daß dieser Herr genau die selben Worte aus dem Munde des Herrn Wächtemann gebört hat. Herr Dr. Nitsche ist bereit, diese seine Erklärung an jeder Stelle zu vertreten.

Herr Wächtemann, der zwar auch unser Gegner ist, uns aber jwollmal glaubhafter erscheint, antwortet darauf:

In einem Artikel des „Jauerschen Tageblattes“ ist kürzlich gesagt, daß ich unseren Kaiser einen „hochfahrenden Herrn“ genannt habe. Es ist nicht wahr, daß ich diese oder eine ähnliche Äußerung über unseren Kaiser gemacht habe. Sellin, den 20. Juni 1910. Wächtemann.

Nur zur Beleuchtung des Herrn Nitsche haben wir von diesem Zwischenfall Notiz genommen. Ein alter Trick von ihm feiert hier nämlich seine Auferstehung. Als im Jahre 1902 die Wogen in Breslau West um Schönants Erbe hochgingen, hatte Pastor Nitsche für die Konservativen einen gleich sauberen Reinfall organisiert. Nachdem sein Kandidat durchgefallen war, ging er hin und benutzte die Gnade in seinem Blatte wegen Majestätsbeleidigung. Der Trick war so rachsüchtig und albern zugleich, daß nicht einmal die Staatsanwaltschaft, die es zu dieser Zeit auf Majestätsbeleidigungen noch recht scharf hatte, darauf hineinsiel. Herr Nitsche aber ist sich in diesen 8 Jahren gleich geblieben. Trotz allem Dreß, den er am Stecken hatte, verfallt er in seine alten schabigen Methoden und „stellt“ Äußerungen von Gegnern „fest“, die er später bei einer Denunziation gebrauchen kann — eine Fierde des moralischen christlichen Deutchtums. Am selben Tage, an dem der Streit in Jauer spielt, muß ihn auch der „Generalanzeiger“ der Verbreitung von Schwindeln beschuldigen und noch garnicht lange ist es her, daß dieser saubere Kämpfer vor Gericht und wehmütig Abbitte leistete, als er eine gegen den Magistrat gerichtete Beschuldigung beweisen sollte. Wie gesagt — eine Fierde des christlichen Deutchtums.

Volkonzerte.

Was bisher unter diesem Namen gegeben zu werden pflegt, erreicht nach Ansicht von Dr. Stord im „Lärmer“ (Herausgeber Freiheit v. Großhau) oft gerade das Gegenteil von dem, was ihre Veranstalter bezwecken: eine Abwendung des Volkes von der vorgesezten Kunst, einfach weil es sie nicht verstanden hat. „Nein, mit dem billigen Idealismus der „Volkunterhaltungskomitees“ und dem bequemen In-Auftraggeben von Konzerten ist hier nichts zu erreichen. Es gilt hingebungsvolles Studium der Volkseele, ihrer Wünsche und Leistungsfähigkeit. Da wird man dann bald die Wege finden, die zu ihr führen. Man wird zum Beispiel erkennen, wie sehr alles Stoffliche das Verständnis erschwert. Die Liebe sich durch die Auffassung von Werten bildender Kunst, die gewissermaßen die Kunst „instruieren“, manches erreichen. Ich weiß, unsere heutige Weisheitsmode hat vor solchen Dingen einen Genuß. Aber die gewiß sehr gebildete Fürstin von Wittgenstein, die Freundin des sehr gebildeten Franz Ditzl, dachte im Verein mit diesem für die Vorbildungen seiner „Dante-Sinfonie“ an große Diorambilder. Und beide hatten doch eine „gebildete“, vorbereitete Zuhörerschaft im Auge. Es ist leicht, bei ganz einfachen Dingen freudiges Verständnis für Loewe-Valladen zu finden, zumal, wenn man erst die Dichtung vorliest oder die betreffenden Sagen und Geschichten erzählt. Keine Hyrt wird verständlich, wenn man in den Untergrund einfährt, aus dem sie erblühen könnte. Freilich, ganz ohne Vorbereitung sollte man niemals arbeiten, und wenn möglich, diese in Wort und Schrift geben, am besten so, daß man den Leuten den vorher gesprochenen Vortrag noch gedruckt mit nach Hause gibt. Das lebendige Wort hat gezündet, im ruhigen Nachdenken zu Hause entwickelt sich aus dem Funken die ruhige, anhaltende Glut. Dann aber dürfen die Darbietungen nicht gar zu selten sein. Und damit komme ich auf die Aufgabe der Gemeinwesen nach dieser Richtung, die entweder ganz vernachlässigt oder zu einseitig ausgeübt wird. Die deutsche Reichshauptstadt geht mit dem schlechten Beispiel voran: Sie tut gar nichts, verjagt alle günstigen Gelegenheiten und leistet kurzfristig sogar den besten Kunstspekulationen Vorstoß. Da soll eine Markthalle ihrem jetzigen Zweck entzogen und in einen „Konzertsaal“ umgebaut werden. Die Gelegenheit ist da, die Markthalle zu schaffen, die wir für Oratorienaufführungen größten Stils brauchen. Außerdem ist die architektonische Lösung einer Einrichtung nicht schwer, mit Hilfe derer der riesige Gesamtbaum in kleineren Säle abgeteilt würde. Nun haben wir zwei Orchester. Das weltberühmte philharmonische muß, um bestehen zu können, alljährlich sich als Kapelle nach Scheveningen verdingen. Hier ist ganz leicht auszurechnen, daß die Stadt die Philharmoniker zur ständigen Kapelle umwandeln könnte und unter Beibehaltung eines Teiles der jetzigen Konzerttätigkeit ohne jedes Kostenrisiko die besten Volkonzerte einrichten könnte, die man nur wünschen kann. Dann haben wir das tüchtige Bläserorchester, das einen derwertvollsten Griffenklampf führt. Gibt man diesem Orchester einen jährlichen Zuschuß von 24.000 Mark, so wird es sich mit Vergnügen zu 48 Konzerten (jede Woche außer den Sommerferien eines) verpflichten. Da käme das Konzert auf 500 Mark — die anderen Kosten wären durch Wirtschaftsbetriebe einzubringen. Da solche Konzerte lediglich zweieinhalbtausend Besucher finden, würde der Eintrittspreis auf 20 Pfg. festgelegt werden können. Aber solche Pläne kommen gar nicht zur Ausführung. Die Halle wird einfach zur Pacht ausgegeben; je mehr Pacht herausgeschunden wird, um so besser. Dem wildesten Spekulanten ist Lär und Tor geöffnet.“

Die Kriegervereine als Retter von Sübingen. Die Kriegervereine sind bekanntlich „unpolitisch“! Unter diesem Gesichtspunkte muß man einen Aufruf betrachten, den das Präsidium des Landeskriegerverbandes des Großherzogtums Hessen in seinem offiziellen Organ an seine Mitglieder erläßt, und in dem es heißt:

„Kameraden! Ihr habt euch in den Sitzungen des Verbandes verpflichtet, niemals die Sozialdemokratie, welche

unsern Idealen, Kaiser, Vater und Reich grundsätzlich feindlich gegenübersteht, zu unterstützen. Dies geschieht jedoch, wenn ihr Anträge der Sozialdemokratie in den Reichstagen mßt. Auch Stimmenthaltung kann bei der Wahl Unterstufung bedeuten. Wir erinnern euch heute an dieses euer Solbalengelbnis und erwarten, daß ihr Mann für Mann am Wahltag in dem Sinne der Sitzungen eure Schicklichkeit tut und eure Stimmen zugunsten des Kandidaten Rechtsanwalt Dr. v. Helmolt in Friedberg abgibt!“

Kriegervereine und Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind beides Schutzgruppen der Reaktion. Schade, daß die Reichstagswahl geheim ist und Schmissler nicht kontrollieren können, welchen Erfolg ihr Aufruf hat.

Wie wird der Handabhafter gefangen? Wie Berliner Blätter mitteilen, hat ein Böhagener Detektivbureau dem Breslauer Magistrat seine Dienste zur Ermittlung des Handabhafter angetragen. Der Magistrat hat dieses Angebot abgelehnt, weil er offenbar nicht mit einem Privatpolizeibureau gegen die „befeundete“ staatliche Polizei arbeiten will. Wie wäre es, wenn diese Bureaus dem neuen Polizeipräsidenten selbst ihre Dienste anbieten? Daß die Polizei allein nicht imstande ist, Verbrecher in ihren Reihen ausfindig zu machen, ist ja jetzt genugsam bekannt, da sie aber in anderen Fällen oft genug mit Privatdetektiven zusammenarbeiten — Herr Gehwein läßt durch solche z. B. die Loküre ihm interessanter Personen ausforschen — so würde es ihrem Ansehen gar nichts schaden, wenn sie den Handabhafter durch ein Detektiv-Institut ausfindig machen ließe.

Zum Rohrlegerstreik wird uns geschrieben: In der Nummer 164 des Breslauer General-Anzeiger bemerkt sich die Breslauer Installateurinnung der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß sie vom Metallarbeiter-Verband zu der Aussperrung „gezwungen“ worden und daß dem Metallarbeiter-Verband an einem Frieden nichts gelegen sei. Wir müssen alle diese Behauptungen als unwahr bezeichnen: Schreibt doch die Innung selbst an Schluß dieses Artikels, daß sie mit dem Metallarbeiter-Verband nichts zu tun haben will, und nur der Gesellen-ausschuss für sie in Lohnfragen in Betracht komme. Was das aber bedeutet, ist einem jeden verständlich, wer das Verhältnis der Innungsvorstände zu den Gesellenausschüssen kennt. Denn wehe dem Gesellenausschuss der sich etwas zu weit vortraut, gleich folgt die Maßregelung auf dem Fuße. Herr Rogge wolle den etwas uneingeweihten Innungsmestern die besten Aufklärungen über den Punkt Maßregelung geben können. Wenn es weiter nach dem Bericht zu einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht nicht gekommen ist, so lag das sicher nicht an dem Metallarbeiter-Verband oder dem Gesellenausschuss, sondern an den Innungsmestern, welche den Arbeitern auch nicht die geringsten Zugeständnisse machen und erst am Schluß der Sitzung eine Zulage von 2 Pfg. bewilligen wollten; dies aber auch noch unter Vorbehalt der Zustimmung der Innungsversammlung! Der Metallarbeiter-Verband hatte also auch hier den Weg der Verhandlung gesucht, indem er das Gewerbegericht zwecks Vermittlung anrief. Trotzdem behält die Innung die Treisigkeit zu behaupten, es wäre nicht wahr, daß die Arbeiter die Hand zum Frieden gereicht hätten. Dem Vertreter des Verbandes wies man die Tür und dann wunderte sich der Innungs-Vorstand, wenn eine Erbitterung unter den Rohrlegern platzgreift.

Weller hieß es in der Zuschrift an den General-Anzeiger, daß die Innung alle im Metallarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter entlassen hat. Wir erklären aber nochmals, daß das nicht wahr ist, daß vielmehr der größte Teil der Innungsmesser nicht ausgesperrt hat. Von den 43 Innungsmessern haben 21 ausgesperrt, die übrigen arbeiten lustig mit den Verbändlern weiter; nur der dritte Teil der Rohrleger ist ausgesperrt. Wie sieht es denn aber bei den Firmen aus, die ausgesperrt haben? Der Bericht sagt: „Daß sie in der Lage seien, mit den neugewonnenen Kräften die ihnen übertragenen Arbeiten voll und ganz auszuführen.“ Das ist aber nicht immer wahr. Die sogenannten Herrn Arbeitsschlichter sehen sich aus heruntergekommenen Meistern, Invaliden oder Unfallrentnern, ehemaligen Buchhändlern und unbrauchbaren Monteuren zusammen. Und wehe dem neuen Auftraggeber, der solche Arbeitkräfte in seine Heiligung nimmt. Die in normalen Zeiten selbst nicht zu Gelferdarbeiten verwendeten Arbeiter, müssen gegenwärtig Monteurarbeiten verrichten, und die hierbei geleistete Arbeit ist in den meisten Fällen vollständig unbrauchbar. Wäudler (Karbstein, Denaubstr. 28), Züscher, ja alles mögliche wird herangeholt, bloß um die Plätze zu besetzen und die Auftraggeber zu beruhigen.

Wenn in dem Bericht der Innung nun behauptet wird, wir veruchen auch diese Leute zu uns zu ziehen, so ist auch das unwahr, denn diese Art Arbeiter können wir der Innung. Einige dieser Elemente hatten uns ihre Hilfe zugesichert, dieselbe ist aber von der Streikleitung abgelehnt worden. Diese Leute helfen uns mehr, wenn sie in den Betriebe bleiben und dort alle Arbeit verderben. Die Hausbesitzer wahren wir ganz besonders vor Meilen Arbeitern. Sie können sich nur dadurch vor Verlusten schützen, wenn sie ihre Arbeiten nur bei den Firmen ansführen lassen, welche ihre Arbeiter nicht ausgesperrt und den Tarif des Metallarbeiter-Verbandes anerkannt haben. General-Anzeiger-Artikel werden die ausgesperrten ebenso wenig unetnig machen, wie die schwarzen Listen der Firma Bachur u. Zuder, und einer Zurechtweisung der öffentlichen Meinung werden wir stets zu begegnen wissen.

Um die Sonntagsfahrgelegenheit nach dem Mesen-gebirge zu verbessern, werden die Bahndirene vom Sonntagszug 1202, Nachzug 660 und Sonntagszug 1203 vom 26. Juni ab wie folgt geändert:

a) Sonntagszug 1202 Breslau-Hirschberg. Breslau Freiburger Bahnhof ab 5.50 früh, Nieber-Salzbrunn an 7.08, ab 7.05, Fellschammer an 7.23, ab 7.30, Gottesberg an 7.34, Ruffant an 7.47, ab 7.48, Weydorf an 7.56, ab 7.57, Jannowitz an 8.07, Hirschberg an 8.20, ab 8.28 nach Oberschreiberhan. Die Aufenthalte in Röhlagzell und Bad Salzbrunn sind wegefallen. Die Reisenden von diesen Stationen müssen bis Nieber-Salzbrunn bzw. Fellschammer den Zug 1204 (Königszell ab 6.13, früh, Bad Salzbrunn ab 7.00) benutzen. Zu Neifen nach Königszell und Bad Salzbrunn muß gleichfalls Zug 1204 benutzt werden.

b) Nachzug 660 Hirschberg-Oberschreiberhan-Grünthal. Hirschberg ab 8.28 früh, Rosenau ab 8.38, Warmbrunn ab 8.47 und weiter wie bisher.

c) Sonntagszug 1203 Ruffant — Landeshut — Schmiedeberg. Ruffant ab 7.40 früh, Landeshut an 7.59, ab 8.00 früh, Waffendorf ab 8.14 früh, Dittersbach ab 8.24 früh, Mittelstammberg ab 8.37 früh, Schmiedeberg an 8.46 früh. Zum Anschluß nach Hirschberg — Erdmannsdorf — Trummhölzel wartet Zug Nr. 680 in Schmiedeberg die Ankunft des Zuges Nr. 1203 ab. Der bisherige Aufenthalt des Zuges Nr. 1203 in Schreienberg, Fellschlag, Oberschreiberhan und Wagnersberg fällt wegen der geringeren Benutzung fort. Die Abfahrtsbahnen der Sonntagszüge 1204, Breslau H. ab 5.15 früh, Halbsadt an 7.24 früh, und zur. 1202, Halbsadt ab 7.44 Abends, Breslau H. an 10.51 Abends, wird auf dieselbe Zeit wie die der obigen Sonntagszüge, also noch auf den 4. 11. und 18. September ausgedehnt.

Warnung beim Versand von Ansichtskarten. Eine neue Schädigung des Publikums leistet sich die Reichspost in Leipzig seit einigen Tagen. Bekannt sind jene Ansichtskarten, deren Vorder- zur Adresse bestimmte Seite noch zur Hälfte für Mitteilungen benutzt werden kann. Sofern man auf der einen, zur Aufnahme der Adresse dienenden Hälfte noch der Absenderstempel — bezieht sich die Originalstempel von Ansichtskarten usw. — aufgedrückt ist, werden derartige Karten einfach als Briefe behandelt und als Strafpapier für jede derartige Karte 15 Pfennige vom Empfänger

geben. Der Verkauf von Karten sollte man also rasch vornehmen, die auf der rechten Vorderen Hälfte irgendwelchen Stempel trägt.

Unsere Freiligrath-Feier

zu Ehren des 100. Geburtstages des Trompeters der Revolution, findet am Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftshause statt. Wie vor Zeiten mit Schirmesglorianten die Freiheitskrieger Freiligraths durch die Lande jagten und alles aufscheuchten, das schlummern, wahren Lebensmut und Lebensdrang in sich fühlte, so soll am 3. Juli im Gewerkschaftshause das Wiederanklagen der felerlichen Töne, das Neuentdecken der wuchtigen Klänge durch den Rezitator die Lebensgeister der um großen Lohn sich mühenen Arbeiter zu neuem Mut, zu neuem Tun und Schaffen erwecken. Und wer würde wohl geeigneter, die wuchtige, poetische Sprache Freiligraths uns wirksamer zu vermitteln, als Robert Müller, der beliebte Sprechkünstler unserer vereinigten Theater? Aber nicht nur das gesprochene Wort soll uns Freiligrathsche Poesie und revolutionäre Begeisterung übermitteln, sondern auch im Gesange werden wir die Farbenpracht und die interessante Darstellungskraft dieses Freiheitsdichters zu bewundern Gelegenheiten haben: Herr Konzertfänger Kunzschäfer wird Lieber von Wendelsjohn, Loewe und Franz mit Freiligrathschen Texten singen, wohingegen Herr Markt mit dem Tage angepöbelten Musikvorträgen aufwarten wird. Den einleitenden Vortrag über Wesen und Bedeutung, Leben und Arbeiten des Revolutionstompeters Freiligrath wird Genosse Robert Albert halten. Ihm wie dem Bildungsausschuss, der die Feier veranstaltet, sowie allen Mitwirkenden, wird es vornehmlich darauf ankommen, den Hörern ins Herz zu legen: daß Freiligrath fürs Volk aus dem heiligen Bromsen der Begeisterung schöpfte, damit es nie erlaube in seinem schweren Ringen für die Befreiung seiner eigenen Klasse, damit es kämpfe um die Leben, Lebe um zu kämpfen!

Wir wünschen, daß recht viele diesen Tag gemeinsam mit uns feiern. Mögen all die Entertien sich sammeln, kommen und sich stellen an den Platz, wo Männer der Tat zu finden sind beim Bau des Neuen, Großen, dem vom Volksdichter erdumten Menschheitsideal! Dann braucht das Arbeiterkind nicht mehr wehmützig nach Müßigkeit rufen, um seines Vaters mit Sungenzähren gedobenes Vinnen anzupreisen. Nein, dann wird der Mensch im Menschen sein Selbst schauen.

Programme a 20 Pf. sind in der Volkswacht, bei den Bezirksführern und im Parteisekretariat zu haben. Die Betankter bitten, die Billets schon jetzt zu kaufen, um einer Ueberfüllung des Saales vorzubeugen.

Aus den Kreisen der städtischen Arbeiter

wird uns mit der Bitte um Aufnahme geschrieben: Der hiesige Magistrat wird nicht, wenn seine Arbeiter mit ihren Klagen an die Öffentlichkeit gehen. Der Magistrat trägt aber selbst schuld, daß an manchen Betriebsleitungen öffentlich Kritik geübt werden muß. Die Akkordarbeiter im hiesigen städtischen Hafen, z. B. verbleiben im Winter so wenig, daß sie davon nicht leben können und sich Vorarbeiten geben lassen müssen. Dabei machen die meisten noch erhebliche Schulden, die dann im Sommer abgezahlt werden sollen. Dieses Frühjahr haben diese Arbeiter den Magistrat zweimal schriftlich um Erlaß des Vorstusses, ohne vom Magistrat einer Antwort gewürdigt zu werden. Nur der Hafendirektor erklärte ihnen das erste Mal, sie sollten sich nur an ihn wenden; sie wußten doch, er sei ein „wohlwollender Vorgesetzter“. Das zweite Mal gab er ihnen den Bescheid, der Vorstuss solle schonend abgezogen werden. Was der Herr Hafendirektor darunter versteht, zeigt folgender Fall:

Ein Arbeiter erleidet einen Unfall und ist eine Anzahl Wochen krank. Anstatt nun den Zuschuß zum Krankengelde wöchentlich auszugeben, wie dies bei anderen Stadtverwaltungen als selbstverständlich gilt, geschieht es hier erst nach der Genesung, bzw. nach der abgelaufenen Frist, für welche der Zuschuß gewährt wird. Als die Frau das Geld für ihren kranken Mann erheben will, erhält sie 34 Mark und eine Anzahl Pfennige hingezählt, wovon der Hafendirektor 84 Mark für erhaltenen Vorstuss wegstreicht! Das nennt dann der Herr ein „schonendes Inzahlungbringen.“ Meist muß der Arbeiter im Krankheitsfalle Schulden machen und er vertritt die Geschäftsleute auf diesen Zuschuß zum Krankengelde. Ein Fall wie der besagte, kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Würde der Magistrat seine Arbeiter auch als gleichberechtigte Bürger und Steuerzahler behandeln und ihnen auf ihre Beschwerden seine Willensmeinung bekannt geben, dann könnten sich die Arbeiter gegen das mitunter willkürliche Verhalten der Betriebsleitungen schützen; so aber bleibt den Arbeitern nur die öffentliche Kritik übrig.

Die Konkurrenz zwischen Pariser und Festweise

geht weitere Blüten. In der Freitagnummer schreibt die „Schief. Zeitung“: „Da der Ballon zwischen 5 und 7 Uhr erscheinen sollte, und man annahm, daß er die Zeit bald nach 6 Uhr wählen würde, füllte sich von 6 Uhr ab die Tribüne, und immer dichter wurde der Kreis um die Barriere des Sportplatzes, von der aus man den besten freien Ausblick hat. So wartete man auf das ungewohnte Luftschiff. Die Tribüne auf Viertelstunde verging. Am Einbruch der Nacht in der Dunkelheit blieb es, daß er jede Minute kommen müsse; er sei schon aus der Halle. Endlich, 7 Minuten vor 7 Uhr, wird der gelbe Ballon über den Pappeln des Fenerwerkhügels sichtbar, ein Wunderschiff wie gold, da wendet der Ballon und, kaum sichtbar geworden, ist er wieder verschwunden. Ueberall fragt man nach dem Warum und nimmt an, daß ein Defekt an der Maschine oder der Steuerung ihn zur Umkehr zwang. Bald waren aber Leute vom Flugplatz aus Wilhelmsturm gekommen, die erzählten, daß der Ballon dort nur eine Sondervorstellung vor dem Humboldt- oder sonst einem Festweise gebe und ihnen während der Landung probiere. Man griff eine große Empörung Platz, die immer mehr stieg, als nirgends eine bestimmte Auskunft zu erhalten war. Die Herren vom Ausschuss wurden überall mit Fragen und Andeutungen der Enttäuschung bedrängt; sie teilten die Enttäuschung, konnten aber auch telephonisch nichts Bestimmtes ermitteln. Schließlich trafen zwei Herren des Ausschusses nach Wilhelmsturm hinüber; aber auch jetzt noch dauerte es sehr lange, ehe man etwas erzählte. Um 9 Uhr erhielt man Auskunft, daß der Ballon noch kommen werde. Man wappnete sich wieder mit Geduld und wartete von neuem. Viele Tausende waren allerdings bei ungewissen Wartens müde geworden und von dannen gezogen. Manche machten ihre Wege mit dem Luftschiff und meinten, er solle sich halt „P. V.“ lieber „P. Z.“ (Pariser Arbeiter) nennen. Endlich 5 Minuten vor 8 1/2 Uhr erschien der Ballon zum zweiten Male.“

„Genossen! Bitte, werft auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Gartenanlagen keine Papiere und Schalen fort. Bedenkt, daß das tägliche Aufflesen jährlich 20.000 Mark kostet, welche Mühsal geleistet werden könnte. Steuerzahler, drückt am euren Geldbeutel und helft mitwirken!“ Der städtische Sanitätsrat.

Die Einwohnerzahl der Stadt Breslau. Nach der Fortschreibung ist die Bevölkerung der Stadt Breslau im April d. J. von 508.897 auf 510.129 Einwohner gestiegen, nämlich um 1292 Personen gewachsen. Sie hat dadurch nicht nur den Rückgang im März wieder weit gemacht, sondern auch den Stand des Februar noch um ein Geringses überholt. Die Kindersterblichkeit ist immer als vor einem Jahre, aber wenig größer als im vorangegangenen März. Die Zahl der geschlossenen Ehen (487) wurde im verflochtenen Jahre von Februar Monat erreicht und übertraf den vorjährigen April um 52.

Achtung, Saitler! Etwa 100 Kollegen der Koffer- und Taschen-Fabrik von J. Arnab in Mos bei Gdylitz sind am Dienstag in den Zustand getreten. Um die dortigen Kollegen in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen, ist jeder Zugang nach Gdylitz unbedingt fernzuhalten, da auch in den anderen Kofferbetrieben Differenzen bestehen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter-Verband! Mittwoch, den 29. Juni, Abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Vorstand. 2. Diskussion. 3. Die Beitragsfrage in Breslau. 4. Beschlußfassung hierüber.

Mit Patronalange vergiftet hat sich am Mittwoch die 80jährige Haushälterin Vertha Koch, die auf der Steinhilfenstraße wohnt. Sie wurde demoflos in das Wenzel Handelse Krankenhaus eingeliefert und ist dort einige Stunden darauf, Mittwoch Vormittag 8 Uhr verstorben.

Verlauftes Kind. Am 22. d. M. wurde auf dem Neumarkt ein 4 Jahre alter Knabe, der sich Bernhard Nisse nennt, aufständlos angefahren und bei der Familie der Schneiderin Maria Niebla, Neumarkt 8, untergebracht. Der Knabe hat blondes Haar, graue Augen und ist bekleidet mit grauer Hose, rotgestreiftem Sweater, blauer Schärze und weißer Mütze und ist darüßig.

Gefunden wurden eine silberne Damennuhr, eine blaue Bille, ein Trarwing, ein Hundemaulkorb mit Sternmarke, ein schwarzer Damenumhang, Militärpapier, ein Jagdschein, eine Nickelbrille, ein Portemonnaie mit Goldstücken und Anhänger und ein Damenhandtäschchen mit Inhalt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Neumittelwalde, 24. Juni. Nach froh. Starke Frost in der Nacht zum 21. Juni hat wie in der Gegend von Neumittelwalde, auch in anderen schlesischen Kreisen, so im Namslauer und Kreuzburger Kreise auf großen mit Kartoffeln besetzten Flächen die Erntehoffnung erheblich verringert. Besonders schlimm zeigen sich die Folgen des Frostes auf Grundstücken leichten Bodens in diesen Lagen. Dort ist neben den empfindlichen Gartenfrüchten Bohnen, Gurken auch der Grünmais zerstört. Mehrschädliche Schäden werden in großem Umfange aus der Provinz Posen gemeldet.

Guhrau, 28. Juni. Ein Landrat, welchem die Semmeln zu klein sind. Es ist eine bekannte Tatsache, daß trotz gewaltigen Sinkens der Getreide- und Mehlpreise die Bäckermeister an eine Verbilligung der Backwaren nicht gedacht haben. Es lebt sich ja so schön auf Kosten anderer, fernermalen es ja die Kollegen von der Fleischergunft auch so machen. Da ist es denn mit Freude zu begrüßen, wenn aus den Reihen jener, die sonst nicht zu den Brotverbilligern gehören dürfen, der Rostfrei nach Vergrößerung der Semmeln erdört. Bei einem hiesigen Bäckermeister beschwerte sich jüngst der Landrat — mindestens aber soll er sich darüber gewundert haben — warum die Frühstückssemmeln trotz der billigen Mehlpreise noch nicht ein größeres Format erhalten haben. Die Antwort des biederen Meisters ist uns leider nicht bekannt geworden.

Von dem „Rostfrei“ dieses edlen Junlers könnten unsere Volkswaffen, die in ganz anderem Maße unter den hohen Brot- und Mehlpreisen leiden müssen, noch sehr viel lernen. Sind nicht gerade die Erdorenen es gewesen, die durch ihr fortwährendes Schreien nach Hilfe die Regierung zu dieser unsmigen Zollpolitik, wodurch die agrarischen Produkte eine so enorme Preissteigerung erlitten und der „Bauer“ Trumpf wurde, veranlaßten? Das plötzliche Sinken der Getreidepreise dürfte ja zum Glück auf die Erzeuger ihrer einstigen künstlichen Erhöhung zurückfallen. Der Ruf nach Verbilligung der Backwaren müßte aber angesichts der gesunkenen Mehlpreise viel lauter erklingen, nicht bloß aus landräthlichem Munde.

Neueste Nachrichten.

Prozeß Mühsam und Genossen.

München, 24. Juni. Nachdem die Beweisaufnahme im Geheimbundsprozeß gegen die Berliner Anarchisten Erich Mühsam und Genossen im allgemeinen günstig für die Angeklagten verlaufen ist, verzichtete das Gericht auf die Vernehmung der Abgelagerten Zeugen, soweit die Auslagen auf die Anklage der Geheimbundelei Bezug hatten. Die Angeklagten Schultz, Moray und Eitel wurden auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

Das Bombenattentat in Friedberg.

Friedberg, 24. Juni. Die gestrige Untersuchung in der Angelegenheit des Bombenattentats hat ergeben, daß es sich um eine von sachverständiger Hand gefertigte Bombe handelt und daß man es mit einer Verbreitungsbande zu tun hat, deren Gebiet nicht nur Frankfurt a. M. und Umgebung zu sein scheint. Der Inhalt der Bombe bestand aus starkem Sprengmaterial. Die Bomben haben die Form eines Kilogramms und sind auch zwei Stück schwer. Der durch Selbstmord gemachte Attentäter ist 25 bis 30 Jahre alt. Von dem Komplizen fehlt jede Spur.

Vom „J. 7“.

Affelhof, 24. Juni. Gestern Vormittag hat Oberingenieur Dietz mit einer gründlichen Untersuchung des „J. 7“ begonnen, um festzustellen, inwieweit die große Fahrt auf das Luftschiff einwirkte. Das „J. 7“ am 8 Uhr begannen die Passagierfahrten, die sich mit einer zweifelhafte Dauer ins Industriegebiet erstrecken werden. Die Anmeldungen gehen zahlreich ein.

Motivischer Unfall.

Sachsen, 24. Juni. Der Erbauer des ersten englischen Militärballons „Mull secundus“, Oberst Cobb, ist gestern mit seinem Eroplan infolge Bruches der Pufferäder abgestürzt und erlitt schwere Kopfverletzungen.

Unwetter.

Wreslau, 24. Juni. Aus Gasselt wird gemeldet: Ein lurchbares Gewitter, welches gestern Nachmittag über der Stadt und Umgebung niederging, hat großen Schaden angerichtet. Eine Reihe von Häusern wurde vom Blitz getroffen und in Flammen gefetzt. Der Blitz schlug in einen Apfelbaum, unter den sich drei Kinder geflüchtet hatten, die auf freiem Felde vom Gewitter überfallen worden waren. Ein 18jähriger Knabe war sofort tot, die beiden anderen Kinder erlitten so schwere Verletzungen, daß sie bald starben.

Die Leiche im Koffer.

New York, 24. Juni. Der Gatte der ermordeten Schauspielerin Marie Charleson, deren Leichnam in einem Koffer im Comer-See aufgefunden wurde, ist an Bord der „Prinzess Irene“ in Hoboken eingetroffen. Er leugnete zuerst Charleson zu sein. Als man ihm aber dies durch die Leiche

beweist wurde, gab er die Identität an und gestand ein, seine Frau am Comer-See ermordet zu haben. Er wurde nach dem Centralbureau der Polizei in Hoboken gebracht. Dort verurteilte der Richter Scott, ein Bruder der Ermordeten, den Mörder zu erschlagen, wurde aber überflüssig. Ueber die Beweggründe der Tat bestand erklärte der Mörder, er habe im ganzen glücklich mit seiner Frau gelebt, außer den Zeiten, an denen sie bei ihrem Temperament fortwährend heftig. Am Tage, an dem die Mordtat geschah, hat die Frau ihn mit Verwünschungen niedriger Art überhäuft. Er habe ihr darauf hin geantwortet, wenn sie ihre Worte wiederhole, werde es ihm schlimm gehen. Sie hat aber nicht aufgehört, ihn mit Schimpfworten zu überhäufen. Schließlich baute ihn die Wut, er schlug mit einem Holzhammer auf sie ein. ohne zu wissen, was er tat. Als er sah, daß er seine Frau erschlagen habe, habe er den Leichnam in einen Koffer getan, diesen nach der Landungsstelle des Sees getragen und dort verpackt. Am nächsten Tage sei er nach Genoa abgereist, wo er sich vier Tage aufgehalten hat. Der verhaftete Kuffe ist vollständig unschuldig.

Frankfurt a. M., 24. Juni. Derenburg begibt sich heute, wie der „Frankf. Stg.“ aus Berlin gemeldet wird, nach Kiel, um sich beim Kaiser abzumelden.

Berlin, 24. Juni. Hier wurde gestern der Kuffe Willibrunz wegen Spionage zu zwei Jahren schweren Kerker verurteilt.

Wasserstands Nachrichten der Ober.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
24. 6.	1.180,842,10	—	3.801,184,44	1.977,980,68	5.07	—	1.570,68	—	—
25. 6.	1.180,802,18	0,31	3.801,184,48	1.981,140,88	5,04	—	1.480,60	1,89	—
Wittel	1.680,982,12	0,42	4.022,074,07	2,38	1,88	1,56	5,00	0,14	1,88

*) Auswertung des L. Kottwitz 3.50; f. Dresden (Ober-) Höhe-Normierung 3,25.

Briefkasten.

H., Weisklein. Wenden Sie sich an den Theater-Verlag von Bloch in Berlin, der Ihnen alles Nähere angeben wird. Lohestrage. Wenn Ihre Reklamation zu spät eingegangen ist, müssen Sie die Steuer zahlen, zu der Sie für das Jahr 1910 veranlagt worden sind, es läßt sich dagegen gar nichts tun. D., Bergmannstrage. Die Wirtin ist verpflichtet, den Ofen reparieren zu lassen, so daß der eiserne Ofen entleert werden kann. H., Steinweg a. O. 1. Das Vorlesen aus der „Volkswacht“ ist kein gesetzlicher Grund, um Sie sofort zu entlassen. Wenn aber nach der Fabrikordnung oder nach den sonstigen Verabredungen das Arbeitsverhältnis zu jeder Zeit aufgelöst werden kann, dürfen Sie auch deshalb entlassen werden. 2. Das ist nicht strafbar. Giesberg. Sie haben Recht. Die Vorstände der sozialdemokratischen Ortsvereine müssen bei der Polizei angemeldet werden.

Berammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus.** Freitag, den 24. Juni: Deutscher Kurier. Zimmer 2. Stenographen. Zimmer 3/5. Sonnabend, den 25. Juni: Modellstecher. Versammlung. Zimmer 6. Sonntag, den 26. Juni: Ortes Arbeiter-Volksspekt. Vormittags 10 Uhr im Zimmer 2. Sitzung sämtlicher Ausschuss- und Komitemitglieder, sowie aller Vorstände der an dem Festzug teilnehmenden und anmeldeten Vereine. Der Obmann. Rohrleger. Versammlung. Vorm. 10 1/2 Uhr im Saale. Klempner. Versammlung. Vorm. 10 1/2 Uhr. Zimmer 1. Montag, den 27. Juni: Lithographen und Steinbrucher. Versammlung. Zimmer 1. Nachdruckerei-Gitarbeiter. Zentralversammlung. Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7. Dienstag, den 28. Juni: Buchbinder. Wichtige Mitgliederversammlung. Zimmer 1. Bericht vom Verbandstage. Referent: Kollege Rob. Albert. Donnerstag, den 30. Juni: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht“-Agitation! Die Führer der Distrikte, die erst am 26. d. Mts. für die „Volkswacht“ agitieren, sowie auch diejenigen, die die am 19. Juni so schon begonnene Arbeit am 26. vollenden wollen, werden gebeten, möglichst sofort das nötige Material von der Expedition der „Volkswacht“ zu verlangen.

An die Bezirksführer!

Montag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Die Kontrollarten und die ausverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen. Distrikt 4.

Das Kinderfest findet Sonntag, den 26. Juni, bei Dämmanger (Klein-Gandau) statt. Abwärts Mittags 1 Uhr vom Striegarer Platz. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest acht Tage später statt.

Distrikt 9 (Obersor).

Unsere „Volkswacht“-Agitation findet Sonntag, den 26. Juni, früh 7 1/2 Uhr, vom Distriktslokal, Michaelisstraße 140, bestimmt statt. Die Genossinnen und Genossen werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 11 (Saubtor).

Unsere „Volkswacht“-Agitation findet Sonntag, den 26. d. M., früh 7 1/2 Uhr vom Distriktslokal, Michaelisstraße 26, aus statt. Um recht zahlreiche Petitionen erucht. Der Distriktsführer.

Distrikt 18 (Sprengel Stadt, Bäck).

Montag, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Scholich und Vernehmung eines Ausfluges. Um zahlreiches Erscheinen erucht. Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Saub-Distrikt 5. Sämtliche Genossen und Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Monat die Mitgliedsbücher eingezogen werden. Beiträge müssen bis Juni gezahlt sein. G. Srowig, Distriktsführer.

Distrikt Obersor.

Sonntag, den 26. Juni, Vormittags 7 Uhr, „Volkswacht“-Agitation von Siantl, Promnitzstraße 14, aus. Der Distriktsführer.

Saubfeld, Sacrau u. Umgeg. „Volkswacht“-Agitation.

Sonntag, den 26. Juni, Vormittags 8 Uhr. — Donnerstags 8 1/2 Uhr: Abrechnung der Mitglieder im „reinen Saub“. Es ist erwünscht, daß jeder Abnehmer der „Volkswacht“ erscheint.

Die „Volkswacht“-Kommission f. Saubfeld, Sacrau u. Umgeg. Briefwechsel. Öffentliche Briefversammlung. Sonntag, den 26. Juni, Nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Haase. Referent: Stadtbauordner D. Schän.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!

Samstag, den 25. Juni 1910.

10. Verbandstag der Schuhmacher.

Der Zentralverein für alle in der Hut- und Schuhwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter hat in der Zeit vom 6. bis 11. Juni in Wien seine 10. Generalversammlung abgehalten.

Anwesend waren 28 Delegierte, vom Verbandsvorsitzende **Wexschle** und **Siefert**, von der Österreichischen Vereinigung der Schuhmacher **Flemisch-Wien**. Die Generalkommission vertrat **Umbreit** von Berlin.

Im Vordergrund der letzten dreijährigen Geschäftsperiode stand die wirtschaftliche Krise, die natürlich auch das Verbandsleben stark beeinflusste. Indessen ist die Mitgliederzahl ununterbrochen, wenn auch nicht allzu erheblich, gestiegen, von 6800 am Anfang 1907 auf 8171 Ende 1909, also um etwa 20 Prozent. Auch dem Unternehmertum gelang es in der Hut- und Schuhwaren-Industrie nicht, die Krise zu Lohndruckungen und zur Gründung einer gelben Schutzgarde auszunutzen. Der Arbeitslosigkeit mußten allerdings schwere Opfer gebracht werden, doch auch diese sind wieder überwunden. Jetzt, nachdem der tiefste Punkt der wirtschaftlichen Depression überschritten ist, geht auch die Mitgliederzahl wieder rüstig aufwärts, fallen doch von dem Mitgliederzuwachs auf das Jahr 1908 nur 313, aber auf 1909 schon 965. Besonders günstige Erfolge wurden erzielt in Dresden, Guben, Rudenwalde, Berlin und Ulm.

Der Kassenbericht verzeichnet an Einnahme im Jahre 1907 120.623 Mark, 1908 127.008,50 Mark, 1909 136.539,90 Mark. Davon waren Mitgliederbeiträge 1907 113.919,00 Mark, 1908 119.660,90 Mark, 1909 129.729,20 Mark. Ausgegeben wurden u. a. in den drei Jahren für Arbeitslosenunterstützung 1907 59.991,00 Mark, 1908 73.180,20 Mark, 1909 60.285,70 Mark; Streikunterstützung in den drei Jahren 16.800,15 und 7650,15 und 16.892,25 Mark; für Agitation 7301,46, 7350,49 und 7892,08 Mark; für Krankenunterstützung 897,70, 4920,10 und 5215,30 Mark. Der schwebende Kassenstand ist mit 5000 Mark unter Null geworden. Tiele Wirkung der Krise auf die Hut- und Schuhwaren-Industrie wird dadurch gekennzeichnet, daß für Arbeitslosenunterstützung 1907 7,50 und 1909 7,78 Mark pro Kopf der Mitglieder ausgegeben wurden, 1908 aber 10,11 Mark. Im ganzen wurden in den drei Jahren 17.732 Tiele von Arbeitslosigkeit und 451.587 Arbeitslosentage zu verzeichnen. Auf jeden Fall kam eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von vier Wochen und 1 1/2 Tagen.

In der Berichtsperiode kam es zu zehn Angriffstreiks mit 681 Beteiligten und fünfzehn Abwehrstreiks mit 398 Beteiligten. Eine große Zahl Lohnbewegungen wurden ohne Arbeitsniederlegung zu Ende geführt. Erreicht wurden für 5422 Betätigte 17.822 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 1868 Betätigte 3460 Mark Lohnersparnis pro Woche, außerdem noch eine ganze Reihe anderer Erfolge. Die Mitglieder haben gerade in dieser Krisenzeit große Vorteile aus der Organisation gezogen. Rechnen wir alles zusammen, so kommen wir zu dem Schluß, daß unsere Mitglieder in den letzten drei Jahren etwa 360.000 Mark an Lohnersparnis dem Verbande zu verdanken hatten. In den drei Jahren sind in runder Summe 50.000 Mark für Kampfeswende ausgegeben worden.

Der Verband der Blumen- und Schmuckfederarbeiter hat auf seinem Verbandstag 1908 beschlossen, eine Verschmelzung mit den Schuhmachern anzustreben, nachdem beide Organisationen die Schuhmachern in den Aufzügen für sich beanspruchten. Diesen Beschluß vertrat **Genoffin** in Zürich. Sie führte aus: Die Notwendigkeit der allgemeinen gewerkschaftlichen Zentralisation erkennen wir alle an. Es kommt aber jetzt schon in Betracht, daß die Unternehmer in beiden Branchen schon vereinigt sind und das gemeinsame Organ, den „Modisten“ herausgeben. In den Krankenkassen, in der Gewerbeordnung ist die Vereinigung der Blumenarbeiter und Schuhmacher schon vorhanden. Ein Zusammenschluß würde die Arbeit sehr erleichtern. Unsere Organisation ist noch jung. Etwa 19.000 Arbeiterinnen und 1000 Arbeiter gehören unserem Verbands an, wozu noch 20.000 bis 25.000 Heimarbeiter kommen. Dabei sind ungefähr 600 organisiert, zu denen während der Saison noch ein größerer Teil hinzukommt. Im vorigen Jahre zahlte der Verband 771 Mark Krankenunterstützung, 684 Mark für Streikende, 125 Mark für Gemeinnützigkeit. Der Kassenbestand betrug 7233 Mark. Wir zahlen jetzt noch geringe Beiträge, aber das kann kein Hindernisgrund sein für die Verschmelzung; unsere Mitglieder werden sich kaum gegen höhere Beiträge wehren. Durch die Verschmelzung würden wir in der Agitation große Vorteile für beide Organisationen schaffen, und den Kapitalisten eine größere Macht gegenüberstellen. Die Hut- und Schuhwarenindustrie gehören zusammen, sie sollten nicht vereinzelt, sondern gemeinsam handeln und kämpfen! (Beifall).

Von Seiten der Delegierten wurde besonders auf die Schwierigkeiten der Agitation, die die Verschmelzung bringen würde, hingewiesen.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung stellt der Verschmelzung mit dem Verband der Blumenarbeiter und anderen berufswandten Verbänden sympathisch gegenüber. Sie hält es aber für verfrüht, schon jetzt definitiv über die Verschmelzung zu entscheiden. Sie empfiehlt den beteiligten Verbänden, die Verschmelzungsfrage zu studieren und beauftragt die Vorstände, die Frage weiter zu verfolgen und einer Lösung entgegenzuführen.“

Die Hauptfrage bildete die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Hier kam es zu harten Kämpfen. Es war nur geringe Uebereinstimmung vorhanden. Vor allem war es das Schicksal der Krankenkassen, die neben dem Verbande besteht, das die Delegierten beunruhigte. Schließlich gelang es aber doch, eine Einigung auf folgender Basis zu finden:

Die Beiträge werden erhöht in Klasse 1 auf 65 Pf., in Klasse 2 auf 45 Pf., in Klasse 3 auf 25 Pf. Nach 52 Krankentagen werden an Unterstüßungen gezahlt:

In der 1. Klasse bei Arbeitslosigkeit zehn Wochen lang je 9,60 Mark, gleich 96 Mark, bei Krankheit zehn Wochen lang je 6 Mark, gleich 60 Mark, zusammen 156 Mark. In der 2. Klasse bei Arbeitslosigkeit zehn Wochen lang je 4,80 Mark, gleich 48 Mark, bei Krankheit zehn Wochen lang je 3 Mark, gleich 30 Mark, zusammen 78 Mark. In der 3. Klasse bei Arbeitslosigkeit fünf Wochen lang je 4,20 Mark, gleich 21 Mark, bei Krankheit 7 Wochen lang je 3 Mark, gleich 21 Mark, im ganzen aber nur 21 Mark.

Außerdem wird gewährt eine Reiseunterstützung in der 1. Klasse für 120 Tage je 80 Pf., in der 2. Klasse für 60 Tage je 80 Pf. Das Begräbnisgeld beträgt 40 Mark resp. 30 Mark resp. 20 Mark. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird nach dreitägiger Karenz gezahlt. Lehrlinge und Jugendliche können in die 3. Klasse aufgenommen werden. Der 1. Klasse müssen alle die Mitglieder angehören, die einen staatlichen Sozialbeitrag von mindestens 36 Pf. bezahlen müssen.

Die Generalversammlung erklärt sich im Prinzip für die Verschmelzung möglichst aller Nebenklassen mit dem Zentralverein und beauftragt den Verbandsvorstand, der Generalversammlung 1913 geeignete Vorlagen zur definitiven Beschlußfassung zu unterbreiten. Die erworbenen Rechte bei bisherigen Mitglieder sollen möglichst berücksichtigt werden.

Nach einem Referat den Genossen **Umbreit** über die Reichsversicherungsordnung wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Besonders erklärte sich der Verbandstag mit dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses einverstanden, wonach die eben-

malte Differenz zwischen den heutigen hohen Krankenkassenbeiträgen und den nach dem Regierungsentwurf vorgesehenen niedrigen dem Kampffonds der Organisation zugewandt werden soll.

Den kämpfenden Bauarbeitern sprach der Verbandstag seine Sympathie aus. Er ersuchte die Mitglieder allerorts, sich an den Sammlungen für die hausgewerblichen Arbeiter nach besten Kräften zu beteiligen und beauftragte den Vorstand, dem Kampffonds der hausgewerblichen Arbeiter nach Bedarf Gelder aus der Kasse zu überweisen.

Aus der Reihe von allgemeinen Beschlüssen heben wir folgende hervor: Dem Verlage des „Correspondent“ werden Mittel zur Erweiterung und Ausstattung des Blattes bewilligt. Für weiteres Agitationsmaterial soll der Vorstand sorgen; er soll auch die Herausgabe einer Verbandszeitschrift in Erwägung ziehen. Weiter soll ein Handbuch für die Funktionäre herausgegeben werden. Dadurch werden dem Vorstand, der schon überlastet ist, neue Arbeiten aufgebürdet, der Verbandsrat beschließt deshalb mit großer Majorität, einen Hilfsbeamten im Hauptbureau anzustellen. Ein Antrag, in Breslau einen Beamten anzustellen, wird dem Vorstand überwiesen. Die Anstellungen von Lokalbeamten sollen künftig im Fachblatt ausgeschrieben werden.

Zugereifte ausländische Kollegen sollen künftig auch die Arbeitslosenunterstützung beziehen können, wenn sie in ihrer Heimat unter Umständen berechtigt waren und schon in Deutschland gearbeitet und einen Wochenbeitrag bezahlt haben. Der Vorstand kann vier ausländischen Bruderorganisationen Vereinbarungen auf dieser Grundlage treffen.

Der Verbandsrat bleibt in Wien. Der Verband der Hut- und Schuhwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Verbandsauschuss erhält seinen Sitz in Rudenwalde. In Vorsitzenden werden **Grassow** und **Glückbaum** in Rudenwalde gewählt.

Zum Verbandspräsidenten wird **Wexschle** und zum Kassierer **Siefert** wiedergewählt.

Darauf erklärte sich der Verbandstag mit den Beschlüssen des Internationalen Arbeiterkongresses von 1909 in Wien einverstanden. Insbesondere wurde der Beschluß, der der böhmischen Schuhmachernorganisationen aufgab, sich mit der allgemeinen österreichischen Arbeiterorganisation zu verschmelzen, ausdrücklich anerkannt, der Verbandstag wies die separatistischen Neigungen energisch zurück. Der nächste Internationale Kongress in Mailand soll von drei Vertretern besucht werden. Gewählt wurden **Schiller-Guben**, **Seitmann-München** und **Schulz-Rudenwalde**.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress soll der Verband durch **Wexschle** vertreten werden. **Stuck-Rudenwalde** und **Winkel** in Wien wurden zum Deutschen Gewerkschaftskongress delegiert. Einen dritten Vertreter soll der Vorstand bestimmen.

Der nächste Verbandstag soll 1913 kurz nach Pfingsten abgehalten werden.

10. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

l. r. Berlin, 20. Juni.

Das Parlament der Textilarbeiter konstituierte sich am Montag Morgen im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses. Die Präsenzliste weist 135 Stimmberechtigte, darunter 10 weibliche Delegierte auf; außerdem ist der ganze Zentralvorstand und Verbandsauschuss, die Redakteure und Gauleiter, die Vertreter der Bezirkskommissionen und der Revisoren vertreten. Die ausländischen Bruderorganisationen haben die Genossen **Hübner** in Wien, **Wölfer** in Kopenhagen, **Janzén** in Stockholm und **Voosaeerd** in Holland entsandt.

Auf der Tagesordnung steht außer den Geschäftsberichten, Statutenberatungen und Wahlen die Juagfrage, die Arbeiterinnenfrage, die Tariffrage, die Textilindustrie in der Gesetzgebung, das Strafflossein und die Behandlung der Arbeiter in den Fabriken.

Die Leitung übernahmen der 1. und 2. Vorsitzende des Verbandes, **Hübner** und **Wölfer**, zu Schriftführern wurden **Witz** in Erfeld, **Dörner** in Mollathaus, **Drieschner** in Melchendorf, **Sosmann** in Meerane bestimmt.

Der Vorsitzende **Hübner**, sowie **Grubel**, der Geschäftsführer der Berliner Filiale, begrüßten alle Delegierte und die auswärtigen Gäste mit herzlichen Worten. Nachdem auch die Vertreter des Auslandes die Grüße und Wünsche ihrer Organisationen ausgedrückt, erstattete **Hübner** den mündlichen

Geschäftsbericht.

Die abgelaufene Geschäftsperiode war keine der glücklichen. Gleich nach der vorigen Generalversammlung setzte die gewaltige Krise ein. Neben dieser hatte der Verband aber auch mit ganz besonders schwierigen Lohnkämpfen zu tun. Aber das größte Hindernis blieb der schlechte Geschäftszug, welcher den Angriff hinderte. Eine Organisation ist immer im Vorteil, wenn sie in aggressiver Stellung sich befindet, als wenn sie in der Defensive bleiben muß. Laufende Mitglieder waren in den Jahren 1906/07 weniger durch klare Erkenntnis gewonnen, als durch Lohnbewegungen in den Verbänden geschehen. Selbstverständlich waren diese Neuzugänge nicht so gesichert, daß sie auch einmal Mißerfolge ertragen konnten. Die Organisation sank von 126.000 Mitgliedern bis zum größten Tiefstand von 98.000 herab; das Sinken hielt bis zum Sommer vorigen Jahres an. Damals wurde vom Vorstand eine große allgemeine Versammlungsagitation durch das ganze Reich eingeleitet. Im Anschluß an diese Agitation hat langsam der Aufschwung wieder eingesetzt. Die damaligen Versammlungen haben allerdings nicht den gewünschten Reiz aufzuweisen gehabt, aber sie haben immerhin reichlich tausend Neuzugänge gebracht. Vor allem gaben sie jedoch den Anstoß, daß die Hausagitation intensiver als bei vorhergegangenen Anlässen betrieben wurde, sodaß bei der im Anschluß an die Versammlungen stattgefundenen Hausagitation innerhalb dreier Wochen weitere 2700 Mitglieder gewonnen wurden. Heute sind wieder 112.671 Mitglieder vorhanden; es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit der alte Stand wieder erreicht ist.

Der Verband hat ja eine gute Stütze gehabt an der

Arbeitslosenversicherung.

Sie hat ziemlich gehalten, was man sich von ihr versprochen hat, ohne daß sie den Verband über Gebühr belastete. Da die Arbeitslosenversicherung eine neue Einrichtung war, hatten sich leicht verständlicher Weise Fälle ein, über die Meinungsverschiedenheiten entstanden. Redner erörtert als Beispiel solche Fälle. Wo diese Meinungsverschiedenheiten nicht zur Zufriedenheit beigelegt wurden, habe die Generalversammlung Unklarheiten in der Auslegung oder Mängeln im Statut abgeholfen. Im großen ganzen habe die Arbeitslosen-Unterstützung sich bewährt und geschäftlich gut abgewickelt.

Nicht weniger gut funktionierte eine andere Neuerung: der Zentralarbeitsnachweis. Es sei vom Vorstande an Anstellungen, Aufforderungen und immer neuen Wohnungen alles getan worden — aber es half nichts. Mit dem Arbeitsnachweis würden weder die Ortsverwaltungen zufrieden sein, noch ist der Vorstand. Die Resultate haben weder den Wünschen noch der aufgewendeten Mühe und Arbeit entsprochen. Der Vorstand ist jetzt zu dem Entschluß gekommen, die Zentralisation des Arbeitsnachweises vorläufig fahren zu lassen, das Material den Arbeitsstellen abzunehmen und es beim Ausbau der lokalen Arbeitsnachweise bewenden zu lassen.

Gleichfalls unbefriedigend sind die Resultate der Lohnstatistik.

Hier könnte man aber nicht Mißbilligungsgründe wie beim Arbeitsnachweis geltend machen, man müßte vielmehr von den Mitgliedern volles Verständnis für diese Frage und volle Pflichterfüllung erwarten. Indessen könnte auch bei dieser Statistik das Resultat vielfach verbessert werden dadurch, daß die Statistik einfa cher gestaltet wird — daß die Fragekarten sich nicht mehr auf ein Quartal, sondern auf das ganze Jahr erstrecken. Das ergäbe eine ganz erhebliche Ersparnis an Arbeit wie Porto. Dann müßte aber darauf gedrungen werden, daß die Jahreskarte unter allen Umständen ausgefüllt wird.

Im Laufe der Geschäftsperiode hat der Vorstand auch versucht, beruflich gründlicher in die Verhältnisse einzudringen. In der Zentrale wurde ein Kartellamt eingerichtet, welches nicht nur selber die Verhältnisse genauer erforscht, sondern sich auch bemüht, mehr Kenntnisse in die Arbeiter der einzelnen Branchen selbst hineinzubringen. Für die einzelnen Industriezweige wurden Branchenkongresse einberufen, um der Lohnfrage, in den Berechnungsarten etc. größere Einseitigkeit zustande zu bringen. Es gibt keine Industrie, die mit so vielen verschiedenen technischen Dingen zu rechnen hat, als gerade die Textilindustrie. Über der Verband muß trotzdem dazu kommen, bei allen Lohnbewegungen den Unternehmern drückbare Vorlagen zu machen, den Aufstellungen und Berechnungen der Unternehmer nicht unwillig gegenüberzutreten. Branchenkenntnis ist die Vorbedingung zu Tarifabschlüssen. Trotz der Schwierigkeiten würde auch der Tarifberuf in der Richtung zum Abschluß von Tarifen drängen. Bescheldene Anfänge sind schon vorhanden. 12.700 Arbeiter arbeiten heute schon unter Tarifvertrag. Allerdings darf es nicht Tarifvertrag unter allen Umständen heißen. Nur wenn zugleich die allgemeinen Verhältnisse, vor allem die Arbeitszeit, den Verhältnissen angepaßt sind, werden Tarifverträge zu bezweifeln sein.

Redner ging dann auf die Statistik ein

Lohnbewegungen

ein. Die einschneidendste war der **Wirkler Kampf** im Erzgebirge. Er hat der Organisation schwere Opfer, an Unterstüßungen 840.000 Mark gekostet. Er habe jedoch im Interesse der volkswirtschaftlichen Arbeiter, wie in dem der Gesamt-Verbandsrat angenommen werden müssen. — **Unerfreulich** — von Redner näher erörtert — hat auch die Bewegung in **Neckar** mit sich gebracht. — Die Periode hat jedoch auch erfreuliche Bewegungen gezeigt, wie die Bewegung der **Wuppertaler Wandarbeiter** gesellen. Die Unternehmer injizierten als Antwort auf einen kleinen Streik eine Aussperrung, die sie schließlich zu ihren Ungunsten aufheben mußten. Guten Erfolg zeigte auch die **Flaunische Arbeiterbewegung**.

Unter den Lohnbewegungen ohne Streik, die einen großen Rahmen einnahmen, ist die der **Färber in Erfeld** zu nennen. Die Bewegung lief so, daß sie immer auf dem Messer **Schneide** stand. Aber während die vorige Generalversammlung den Erselber Stoffwebern Vorwürfe machen mußte, mußte anerkannt werden, daß die Färber sich bei dieser Bewegung geradezu musterhaft benommen haben. Obwohl die Unternehmer die Bewegung auf die Spitze trieben durch Maßnahmen, die den Arbeiter erweckten, als ob sie die Bewegung verschleppen wollten, haben die Vertrauensleute und Leiter der Färber bewiesen, daß sie die Situation richtig abzuschätzen verstanden. Die Bewegung ist denn auch zu einem guten Ende gebracht worden.

Erfolge wie in der vorigen Geschäftsperiode haben unter der Wirkung der Krise natürlich nicht erzielt werden können. Der Verband erreichte nach den Ermittlungen des Vorstandes für 21.343 Personen 22.982 Mark Lohnzulage, das ist pro Kopf und Woche 1,07 Mark, für 2405 Personen 3297 oder im Durchschnitt pro Kopf 3 1/2 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverkürzung. Für 373 Personen wurden 1329 Stunden von den Unternehmern angebotene wöchentliche Arbeitszeitverlängerung abgewehrt, ferner für 3669 Personen 5342 Mark angebotene wöchentliche Lohnreduzierung; das macht pro Kopf und Woche 1,45 Mark. Jedoch nicht abgewehrt konnte werden, daß für 4073 Personen der Lohn um 11.352 Mark wöchentlich gekürzt wurde; das ist pro Person und Woche 2,73 Mark. In der Erfolgsbilanz der Bewegungen ist schon ersichtlich, daß die ganzen Verhältnisse 1909 schon viel günstiger standen. 1908 erzielten 2110 Personen eine Erhöhung von wöchentlich insgesamt 2192 Mark, 1909 19.633 Personen wöchentlich 20.790 Mark. — Redner schloß mit überzeugender Darlegung, daß günstigere Zeiten auch wieder bessere Erfolge in jeder Beziehung bringen. (Beifall).

Darnach erstatteten der Reihe nach **Kassierer**, **Reaktion**, **Präsident** und **Verbandsauschuss** ihre Berichte. Da wir die Finanzabrechnung des Verbandes schon im Vorbericht besprochen, holen wir aus dem Bericht des Kassierers **Rehm** nur eine kurze Rekapitulation der Ausgaben nach. Der Verband hatte eine Gesamtausgabe für reine Kampfeswende von 1.334.000 Mark, für reine Unterstüßungswende von 897.787 Mark, für Agitation von 693.075 Mark, für sonstige Zwecke von 1.003.515 Mark.

Redakteur **Wagener** führte aus, daß die Redaktion genau wie in der vorigen Geschäftsperiode nach dem Grundsatz verfahren habe, nicht nur die beruflichen Interessen der Textilarbeiter zu pflegen, sondern die proletarischen Klasseninteressen überhaupt. Sie hat analog diesem Grundsatz zu politischen Fragen Stellung genommen, auch wenn diese als direkt gewerkschaftliche nicht bezeichnet werden konnten, zum Beispiel zu den Kriegsverhältnissen, dem Wahlrechtskampf, der Reichsversicherungsordnung u. a. Sehr ausgebeutet hat das Organ die wirtschaftlichen Fragen behandelt. Es hat sich nicht nur über die Marktlage, sondern auch über die Wirtschaftskrisis der Unternehmer, über die Stellung der Parteien in der Gesetzgebung verbreitet. Zur Information über den Geschäftszug dient eine Monatsrevue, mit eigenen Artikeln aus festen Berichtsblättern. Die kann zwar nicht auf Vollkommenheit Anspruch machen, sie ist aber mindestens so zuverlässig als die von den Unternehmern benutzten Uebersichten des Unternehmensverlaufs.

Eine der markantesten Fragen, die in der letzten Zeit dem Fachblatt behandelt wurde, ist die

Arbeiterinnenfrage.

Die Redaktion hat aus bestimmten Gründen keine sogenannte Frauenseite eingerichtet; aber es sind im letzten Jahre mehrere Artikel für Arbeiterinnen erschienen, daß sich die Frauen über nicht zu beklagen haben.

Eine andere wichtige Frage, die jetzt im Blatte behandelt wird, ist die Jugendfrage. Auch hier hat das Fachblatt, seitdem die Art der Stellungnahme zu ihr im Vorstand entschieden ist, einen ziemlich breiten Raum eingenommen. — Eine Hauptaufgabe hat das Blatt in der Frage der Agitation gefunden. Sicher wohnt seinen Verfassern die Überzeugung inne, daß die Unternehmern ein hoher agitatorischer Wert inne. Aber alle diese Gebiete — berufliche, politische, wirtschaftliche, soziale, nehmen soviel Raum ein, daß nach Meinung der Redakteure für Fragen der allgemeinen Wissenschaft und die Unterhaltung etwas wenig übrig blieb. Die Redakteure möchten sich deshalb in der Einfindung lokaler Notizen noch etwas mehr Beschränkung auferlegen.

Zusammenfassend mit anderen Korporationen der Partei und Gewerkschaftsbewegung habe die Redaktion zu bemerken gehabt. Ganz ohne Reibung sei es jedoch nicht abgegangen. Am

Ich der Kaiserlich-Militär-Richter wie aus Anlaß des Compen-
schen Auftrags seinerzeit kam es zu einer Dissonanz mit dem
Verordnungsblatt resp. der Generalkommission. Redner äußert
kurz seine Meinung zu diesen Verträgen. Zum Schluß erörterte
er einige Prozeduralangelegenheiten und ersuchte die Kollegen drin-
gend, beiläufig genau bei der Behandlung von Talsachen in
der Presse zu sein. (Lebhafte Beifälle.)

Die Vorsitzenden der Pressekommision und des Ausschusses,
Liebermann, Berlin, Feilerlein u. Gera, behandelten etliche
allgemein unwesentliche, die Öffentlichkeit nicht interessierende Be-
schwerdefälle.

Der Prozeß gegen Frau von Schönebeck-Weber.

Hg. Allenstein, den 23. Juni 1910.

Die heutige Verhandlung, die wiederum unter Ausschluß der
Öffentlichkeit stattfand, wurde pünktlich um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzen-
den Geh. Justizrat Landgerichtsdirektor Prozeß eröffnet. Vor-
sitzender gibt der Hoffnung Ausdruck, noch in dieser Woche die Ver-
urteilung zu schließen zu können. Auf Witten der Verteidigung
gibt der Sachverständige Professor Dr. Mayer-Königsberg Nachricht
über den vorgeschlagenen

Anfall der Angeklagten.

Sie reagierte nicht auf starke Nadelstiche und das Verdröhen der
Schuldhüte des Auges mit der Nadel hatte keine Wirkung. Vert.
Rechtsanwalt Wahn erklärt, daß er sich diese Auskünfte erbeten habe,
damit sie Material für das Gutachten der Sachverständigen sei. —
Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird während der Vernehmung
der Zeugin Neubauer und des Waldwärters Wattenia auch die Presse
ausgeschlossen. Der Waldwärter, der erst während des diesjährigen
Besuches dem Oberförster Köllner Mitteilung gemacht hatte, daß er
vor Jahren die Angeklagte beim Jagdbau mit einem Herrn getroffen
habe, nannte den Namen des Herrn. Nach einer längeren Konferenz
mit der Angeklagten verzichtete jedoch die Verteidigung auf die
Forderung dieses Herrn als Zeugen. — Die Zeugin Marie Emilie
Neubauer aus Berlin ist 27 Jahre alt, hat eine Reihe von Vor-
strafen erlitten, die sie richtig angibt und schildert guttunend
als ein züchtendes als arbeitslos, hager und dunkelblond. Die
Verteidigung erachtet dadurch die Glaubwürdigkeit der Zeugin als
sehr gering. Die Zeugin ist von Götzen in Hannover auf der Georg-
straße angeprochen worden. Am andern Tage ist Götzen mit ihr in
ein Hotel gegangen. Der Verkehr in dem Hotel war verwerflich.
Die Einzelheiten entziehen sich der Wiedergabe. Götzens Per-
sönlichkeit hat einen suggestiven Einfluß auf sie ausgeübt. Er
hat sie

Stets als Dame behandelt.

Er hat sie ohne Urlaub in Berlin besucht. Nach Aussage der
Angeklagten war Götzen im Cafe Continental in Berlin sehr bekannt.
Er hat zu ihr von Frau v. Schönebeck gesprochen und gemeint, dieselbe
würde sich wohl nicht scheiden lassen, weil sie ihre Kinder zu sehr liebe.
Götzen sei immer sehr arm gewesen und habe oft von Geld und
Leute gehabt. Einmal habe er sie um Chloroform gebittet, ohne ein-
zuweichen, wozu er es brauche. Die Zeugin behauptet, er habe ihr
erzählt, daß er verschiedene Leute aus dem Hinterhalt erschossen habe.
Auf ihre Vorhaltung habe er dann gesagt, die Geschichte lehre, daß es
sehr absolutes Naturgesetz und kein absolutes Recht gebe. Sei es
auch bei einzelnen Naturvölkern Sitte, die Köpfe erlegter Feinde als
Trophäen zu tragen. Die Zeugin, die noch erklärt, daß sie das
Recht nicht geglaubt habe, was Götzen ihr erzählt habe, wird
darauf verweist. Nach einer Pause wird die Presse in dem bisherigen
beschränkten Umfang wieder zugelassen. Der Vorsitzende wendet sich
gegen Vorwürfe in den Blättern

und die zahllosen Aufschriften gegen seine Verhandlungsführung. Daß
die Angeklagte sich frei bewege, beruhe auf der vom höchsten Pro-
vinzialgericht angeordneten Kautionsstellung. Vert. R.-A. Wahn betont,
daß die Angeklagte sich immer korrekt hier verhalten und ihr Auftreten
zu keinerlei Verunsicherung Anlaß gegeben habe. Der Vorsitzende be-
stätigt das und teilt mit, daß er stets die geeigneten Sicherheits-
maßregeln getroffen habe. — Auf die Vernehmung der 70jährigen
Wittler Götzens verzichtet die Verteidigung wie die Staatsanwaltschaft.
Dagegen will die Staatsanwaltschaft nicht auf die Verlesung
der Briete Götzens an seine Mutter und der Frau
v. Götzen an Frau v. Schönebeck verzichten. Die Verteidigung ver-
langt in diesem Falle Nachweis der Identität der Briete und will
sich nicht mit der Verlesung der Abschriften begnügen.

Die Staatsanwaltschaft behält sich ihre Beschlußfassung vor und die Verlesung wird für morgen zurückgestellt.

Zeuge Postassistent Volz, jetzt in Reichensbach in Schlesien,
seinerzeit Unteroffizier des Majors v. Schönebeck, dem er von Ver-
schiebung nach Allenstein nachfolgte, wo er zum Wachmeister befördert
wurde, rühmte den Major v. Schönebeck als den besten Vorgesetzten,
den er kennen gelernt habe. Der Major war streng und strom
im Dienst, aber er war um Unteroffiziere und Mannschaften auf
das Gemüthsbeste bewußt. Sogar in der Mannschafsstärke sah
er nach Ordnung. — Dem Zeugen wird die Behauptung Götzens vor-
gehalten, daß Schönebeck von den Mannschaften gehaßt worden sei.
— Zeuge: Das grade Gegenteil war der Fall. Der Zeuge hörte
allerlei Gerüchte über Frau v. Schönebeck, aber wenn nach Beweisen
gefragt wurde, so waren keine da. Er hat natürlich auch nicht mit
dem Major darüber gesprochen. Der Major vertraute ihm die
Schlüssel zu allen Türen und Schränken an. Frau v. Schöne-
beck war sehr nett und liebenswürdig zum Zeugen. Einmal
hat der Zeuge einen heftigen Wortwechsel zwischen den Ehe-
leuten gehört und als er dann in das Zimmer des Majors
trat, hatte dieser sein jüngstes Kind auf dem Knie und sagte:
„Erzählen, dies Weib ist verrückt geworden.“ Frau v. Schönebeck
hat sich einmal gegenüber dem Zeugen über anonyme Briefe beklagt,
die sie erhalte. Er hat einmal, als der Major verreist war, Frau
v. Schönebeck mit einem anderen Herrn im Zimmer des Majors ein-
geschlossen gefunden. Ein anderes Mal, als der Major einen
Rückbruch erlitten hatte, war die Angeklagte auf Dienstreisen
mit einem Herrn ausgereist. Der Herr hat dem Zeugen gedroht,
wenn er von dem Ausritt dem Major Mitteilung mache, würde er
ihm beim Offiziersfordern unendlich machen. Trotzdem hat er es dem
Major gesagt, der aber hat geantwortet: „Wenn sie ausreisen und
auch Hundelung wegbleiben, was beweist das?“ Von dem Ausritt
hat er einmal der Zeugin im Auftrage der Angeklagten ein
Kampanienstelegramm zur Hochzeit ihres Bruders abgeben müssen,
da die Angeklagte nach Berlin gereist war. Offenbar sollte das
Telegramm den Anschein erwecken, daß Frau v. Schönebeck in Ber-
lin sei. — Zeuge Hermann-Justizrat, der 1907 bis 1908 Ge-
richtsinspektor in Allenstein war, sagte u. a. aus: In der Halle
der Angeklagten hatte sich eine Person besserer Stände erkündigt. Das
war kurz vorher geschehen. Zeuge sagte zur Angeklagten, die Ver-
urteilung sei noch keine Verurteilung. Die Angeklagte hat sich schärf
die Ziele angezeihen, wo der Selbstmord passiert war, und da hat
der Zeuge gefürchtet, sie könne auch einen Selbstmord begehen. Sie
hat einen

ganz verwirrten Eindruck

gemacht und den Zeugen wiederholt mit dem Namen des
Kampanienstelegramms Graf Götzen angesprochen. Schließlich ist sie
ruhiger geworden, hat aber immer noch nach den Taten gemurmelt.
Zeuge hat gehört, wie Dr. Seidel die Frau v. Schönebeck als eine
sehr hysterische Frau bezeichnete. Man hat dem Zeugen mehrere
Bogen Notizen der Angeklagten gebracht, die sodann der Staatsan-
waltschaft übergeben wurden. Die Aufzeichnungen werden verlesen,
die lauten: „Meine Gedanken und Sinne begannen sich zu verwirren.
Aber ich will hier bleiben, um mich verteidigen zu können. Ich will
Götzen sagen: Sie haben mich in Gefangnis gebracht, weil Sie darin
die einzige Möglichkeit gesehen haben. Ihre Schuld zu mildern. Sie
behaupten, daß Sie in meiner Gemüthsart gewesen sind. Sie wissen,
daß das Gegenteil wahr ist, und daß die Liebe zu einem Andern in
meinem Herzen ist, daß ich nie einen anderen Gedanken habe. In
Ihnen merke ich der Gedanke entspringen, mich allein zu befehlen und
aus Allenstein zu entfernen, damit ich den anderen verfolge. Darum
drängten Sie zur Scheidung, darum drängten Sie in mich, Ihnen
alle Verhandlungen meines Mannes einzusetzen. Sie lägen,
wenn Sie sagen, daß ich Sie freiwillig gefesselt habe. Sie

wissen, wie oft ich meinen Mann verteidigt habe, der bei
anderen Gelegenheiten auch wieder gut war. Sie wissen, wie oft
Sie dann dabei willig geworden sind. Sie haben mich gefesselt mit dem
Wortlaut Ihrer Keilheit. So wenig rein ich war, so hat es
mich maßlos glücklich gemacht, das Vertrauen eines reinen
Mannes zu besitzen.

Sie haben meine Ohnmacht ausgenutzt.

Ich wollte einmal einen Menschen finden, der nicht meinen Ab-
per liebt, sondern nur mich um meiner selbst willen liebt. Ich
habe mich Ihnen nur hingegeben, weil Sie mich geliebt haben,
daß es das einzige Mittel ist, Sie gesund zu machen, habe der
Mutter gesagt. In Ihnen ist der Gedanke an das Duell ohne
Zeugen aufgestiegen schon seit September. Sie haben das als
eine reine, eheliche Sache hingestellt. Sie wissen, wie ich durch
Ausreden verführt habe, daß Sie ihn brauchten auf der Jagd
allein getroffen haben. Wie der Arsenikgedanke entstanden ist,
weiß ich nicht. Nur das weiß ich, in meinem Auftrage haben
Sie es nicht besorgt. Ich sah in Ihnen mein Glück, meine Er-
lösung. Schon darum hätte ich eine gewisse List am Tat-
sächlich verhindert, weil ich genau wußte, daß mein Friede
in diesem Leben für immer und ewig gefährdet sein würde. Habe
ich nicht gesagt, es wird sich doch ein Ausweg finden lassen?
Wissen Sie noch, wie Sie das Fenster schlecht schlossen, wie mir
ein plötzliches Angstgefühl durch das Herz schoß? Warum hätte
ich dann das Fenster geschlossen? Ich hatte das Gefühl: Durch
mein Fensterschließen ist jede Gefahr beseitigt. Glauben Sie,
ich wäre sonst ruhig zu Bett gegangen? Ich hätte die Tat ver-
hindert, wenn auch die Angst um Sie eine große Rolle gespielt
hätte. Meine Liebe zu Ihnen ist fest geblieben bis zu dem
Augenblick, wo mir nach langem Sträuben die Gewißheit ge-
kommen ist, daß Sie mich hineingezogen haben,
um als der Verführte, vor Liebe Willenslos dazustehen. Daß ich
Sie mit keinem Wort bewahren würde, wußten Sie. Darum
haben Sie es selbst und zuerst angegeben. Wo es auf persön-
lichen Mut ankam, haben Sie stets Mut und Energie bewiesen,
aber jetzt, wo Sie auf als Ehrenmann auf dem Spiele steht,

sind Sie zum Feigling geworden

und haben sich jedes Mittels bedient, um sich vom Verdacht des
Mordes freizumachen. Ich bin überzeugt, daß Sie keinen
Reuegedanken begangen haben. Aber dafür, daß Sie nicht den
Mut haben, Ihre Tat mutig auf sich zu nehmen, verachte ich
Sie aus tiefer Seele und meine Verachtung ist so tief, wie
meine Liebe war.“ — Vorsitzender: Ich brauche wohl kaum zu
sagen, wie logisch und sehr durchdacht diese Sätze niedergeschrie-
ben sind. Wie lange haben Sie an diesen Niederschriften ge-
schrieben? — Angeklagte: Ich weiß nicht, daß ich sie über-
haupt geschrieben habe. Es ist selbstverständlich meine Schrift,
aber ich weiß es nicht. — Verteidiger Rechtsanwalt Salzmann
erklärt, daß er die Niederschriften dieser Notizen bewahrt habe,
die lediglich für ihn bestimmt waren. Ihm habe hauptsächlich
daran gelegen, eine Konfrontation zwischen Götzen und der An-
geklagten herbeizuführen. — Zeuge Gefängnisinspektor Tsch-
Charlottenburg sagt aus: Die Angeklagte wurde nach der
Rückkehr von ihrer Londoner Hochzeitsreise in das Charlotten-
burger Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Sie war bei der Ein-
lieferung sehr nervös. Sie ließ fürchterliche Schreie aus und
mußte vom Zeugen am Handgelenk festgehalten werden. Sie sah
fast gar nichts und durfte nach ärztlicher Anordnung auch nicht
eine Minute ohne Aufsicht bleiben. Einmal lag die Angeklagte
bei einem Anfall zwischen Bett und Tisch. Sie biß um sich,
so daß der Zeuge sich in acht nehmen mußte, um nicht von
ihr ins Gesicht gebissen zu werden. Sie hat sich mit aller Ent-
schiedenheit als unschuldig an dem Mord erklärt und
sagte: Ich habe viel getan und viel gelitten, aber dessen
man mich anklagt, habe ich nicht getan. Sie sagte, das Ver-
trauen auf die Gerichtsverhandlung mache sie noch verrückt. —
Durch Verteidigung und Staatsanwaltschaft wird noch überein-
stimmend festgestellt, daß der Staatsanwaltschaftsrat Postmann
und der Rechtsanwalt Salzmann sich probeweise die Strümpfe
des Majors über ihre Schuhe gezogen haben. Das gesunde
Haar kann also auch herbon herrühren. Angehts der Er-
schöpfung der Angeklagten wird die Verhandlung auf Freitag
jäh verlagert.

Aus Oberschlesien.

Die Großindustrie und die Städte.

So glänzend die Industrie in Oberschlesien sich auch ent-
wickelt hat und noch weiter entwickelt, so sehr leiden die Ent-
wickelungen der Städte und Gemeinden, sowie jeder Kulturfort-
schritt durch die Großindustrie. Der leider noch immer bestehende
Zustand der „Gutsbezirke“, in welche die meisten industriellen
Etablissements verlegt sind, entziehen den umliegenden Gemein-
den, in denen die Arbeiter wohnen, jährlich ungläubliche Sum-
men. Daher erklärt sich auch die Armut der Gemeinden, die
Schullasten, Postkosten, Straßenbau, Wasser- und Abwasser-
versorgung usw. zu tragen haben, während ihre Einwohner die Arbeiter sind.
Hingzu kommt, daß die Polizeigewalt meistens in den Händen
der hohen Beamten der Industrie liegt.

Es ist daher nur zu erklärlich, wenn die Kommunen nicht
vorwärts kommen, sondern immer mehr in Schulden verfallen.
Aber die Großindustrie möchte am liebsten jede Entwicklung,
besonders die der Städte, die ihnen schon lange ein Dorn im
Auge sind, herbeiführen. Während die Industrie in den Dörfern
ganze Straßenzüge von Arbeiterwohnungen erbauen läßt, und
mit einer kleinen Abschlagszahlung die Gutsbezirke entlasten, um
so die Arbeiter zu fesseln, kauft sie alle Grundstücke bei den
Städten auf, um diesen jede Entwicklungsmöglichkeit zu nehmen.
Unter diesem System haben mehr oder weniger alle ober-schle-
sigen Städte zu leiden. Ja, die Herrschaften gehen noch weiter.
Erwirbt die Stadt irgend wo Terrain, und legt den Bebauungs-
plan aus, sofort erheben die Großbetriebe Einspruch, da hier
ihre privilegiertes „Abbaurecht“, auf welches sie natürlich
nicht verzichten, wenn ihnen nicht Millionen als Entschädigung
in den Hals geworfen werden, in Gefahr ist. Geschloß es
nicht, dann schieben sie Zusammenbruch vor, und lehnen jede
Entschädigungspflicht ab, womit die Angelegenheit dann meistens
erledigt ist. So ist es oft gegangen und die meisten Städte
haben daher jeden Kampf als völlig aussichtslos eingestellt.

So wird es auch Kattowitz ergehen, das jetzt einen harten
Kampf führt. Diese Stadt denkt sich jeder als die entwicklungs-
fähigste Oberschlesiens. Die Bahnverbindungen mit Rußland
und Österreich haben einen großen, internationalen Verkehr ge-
bracht, ebenso haben die industriellen Unternehmungen Kattowitz
den Stempel einer Großstadt aufgedrückt. Jetzt stellt sich her-
aus, daß diese Stadt, die so groß und schön zu werden ver-
sprach, am Ende ihres Latens ist, daß sie von der
Großindustrie eingekreist und sich nicht wei-
ter entwickeln kann. Dieses Ziel hat die „Katto-
witzer Arbeiter-Gesellschaft“, mit ihrem Gener-
aldirktor Williger an der Spitze, fertig gebracht. Vom Haupt-
aktionär dieser Gesellschaft, dem Grafen v. Thiele-Winckler, hieß
es schon lange, daß er sein „Wohlvollen“ der Stadt entzogen
habe.“ Das wird jetzt aber sichtbar, nachdem die Stadt auch
das „Wohlvollen“ der Herren Generaldirektoren Williger und
Edelmann verloren haben.

Dieser Kampf hat nun unter der Decke sehr lange gespielt.
Es ist doppelt interessant, welche Rolle dabei die Stadtverord-
neten spielen, die bei der „Kattowitzer Arbeiter-Gesellschaft“ be-
zimmte sind.

Dem „Kurier“ sind da einige sehr interessante Schriftstücke
auf den Redaktionsstisch gekommen, die von Verhandlungen zwi-
schen dem Magistrat und der Gesellschaft zeigen, wobei die Ge-
sellschaft sich völlig als Herr der Situation fühlt und den Ma-
gistrat gehörig anbläst. In einem Schreiben des Magistrats wird
über das Vorgehen der Gesellschaft gesagt, es werden dann
mehrere Vorwürfe gemacht und endlich gesagt, daß die Stadt-
verordneten (der Gesellschaft) noch nicht richtig gehandelt hätten.
Darauf antwortet Herr Williger im Namen der Gesellschaft.
Nachdem er erst hergelegt, wie wertvoll der Grundbesitzbesitzer
auf den Stadtrat für die Gesellschaft ist, fährt er fort:

Sie bebauern darüber, daß unsere Beamten, die
gleichzeitig Stadtverordnete sind, im vorliegenden Falle der
Interessentstellung zwischen Stadt und Arbeitergesellschaft es nicht
für nötig gehalten hätten, mit der Stadtverwaltung ent-
sprechende Fühlung zu nehmen, müssen wir als durchaus un-
angebracht bezeichnen.

Unsere Herren Beamten handeln durchaus in unserem
Sinn (1), wenn sie, unbekannt ihres freien Stimmrechts (11)
in der Stadtverordneten-Versammlung die Interessen ihrer Ge-
sellschaft nach pflichtmäßigem (111) Ermessen und soweit dies
angängig (2) und zulässig, wahrnehmen und fördern. Was
jedem Bürger der Stadt und jedem Dritten zufließt: Grund-
stücke zu kaufen und zu verkaufen, muß uns ebenfalls zustehen
und selbst Stadtverordneten (11) darf ein vermeintliches Inter-
esse der Stadt — was natürliches Interesse der Stadt ist, ent-
scheidet wahlrechtlich Herr ... Williger — nicht höher stehen,
als das ihres eigentlichen Erwerbes. (111)

Endlich kommt folgende wohlmeinende Belehrung:

Im übrigen wolle ich (1) nicht, wodurch unsere Er-
werbungen in der Stadt für die städtischen Gemeindefürsorge
schädigen sollen. Sie (der Magistrat) werden im Gegenteil
bald erkennen, daß dieselben auch dem allgemeinen Interesse
nur nützlich und vorteilhaft sind. Die Bebauung der Grund-
stücke wird, selbst wenn wir darunter abbauen sollten, jeden-
falls nicht gehindert, höchstens auf kurze Zeit verzögert (11)
werden. Also auch Ihre Bestürzung, die Stadt würde in
ihrer Entlohnung behindert, sei völlig gegenstandslos.

Hochachtungsvoll
Kattowitzer Arbeitergesellschaft für Vergütung
und Ehrenmitgliedschaft.
gez.: Williger.

Ob der Magistrat damit zufrieden ist oder nicht, ob er
Kommissionen einsetzt, oder sonst etwas macht, das Schicksal
der Stadt ist besiegelt, wenn die Herren Williger
und Genossen es nicht anders wollen. Dort, wo man Kirch-
turnspatell getrieben und sich nicht rechtzeitig Bau terrain ge-
schert, ist die Großindustrie zuvorgekommen. Auf die Ausein-
anderlegung der Abstrafen mit dem Zentrum, die sich gegen-
seitig die Schuld belassen, sowie auf die weitere Entlohnung
der Dinge kommen wir noch zurück. Gerade hier macht sich das
Fehlen von Sozialdemokraten im Stadtparlament bemerkbar.
Hoffentlich dauert es nicht mehr lange, bis der Wind aus einer
anderen Ecke weht.

Kattowitzer 23. Juni. Parteiverammlung. Eine sehr
stark besuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Ver-
eins lagte am Dienstag im Gewerkschaftslokal. Ein Vortrag des
Genossen D. Hering-Prüfing über: „Lebensverhältnisse der
untern Volksschichten in China“ wurde herzlich aufgenommen.
Hierauf wurde die Tagesordnung des diesjährigen deutschen Parte-
tages besprochen und Genosse D. Hering einstimmig zum Dele-
gierten gewählt. Nach Erlebung d. vierer interner Angelegenheiten
erfolgte Schluß der sehr anregenden Versammlung.

Kattowitzer 24. Juni. Beschämender Aufstand. In der
Waldschmiederei von M. Masner wurde einem Arbeiter beim Ab-
scheiden von Baumstämmen am vorigen Mittwoch das rechte Bein ge-
quetscht, so daß es sofort stark anschwellte. Trotzdem sofort nach einem
Arzt geschickt wurde, erlitten aber auch nicht bekannt ein Schenken nie-
mand. Nach dem der Verunglückte 1 1/2 Stunden die schrecklichen
Schmerzen ausgehalten, lud man ihn auf einen Handwagen, um ihn
nach seiner in Altenhof gelegenen Wohnung zu transportieren, wo
man um 11 Uhr ankam. Endlich um 1 Uhr, also 6 Stunden nach
dem Unfall, erlitten ein Arzt, der dann das weitere veranlaßte. Der
Transport des Verunglückten auf dem Handwagen hat viel böses
Blut gemacht und manche für die Firma nicht schmeichelhafte Be-
merkungen laun man hören. Daß eine Firma, die ihren Arbeitern
22, 23 und 24 Pf. Stundenlohn zahlt, keinen Krankenwagen haben
kann, ist eigentlich selbstverständlich. Denn wo solch niedrige
Löhne gezahlt werden, da müssen ja trostlose Rußände herrschen.

Kattowitzer 24. Juni. Zur Lohnbewegung
der Bauarbeiter. Die ober-schlesischen Bauarbeiter sind
über den Schiedspruch der Unparteilichen wenig erbaud. In der
am Dienstag stattgefundenen Maurerverammlung wurde mit
223 gegen 1 Stimme beschlossen, den Streikbeiträgen
weiter zu zahlen. Der gleiche Beschluß wurde in
Kattowitzer, Zabrze und Königsbrunn gefaßt. Nach
der bisherigen Entlohnung bringt der Schiedspruch keine
Lohnherabsetzung, sondern eine Lohnreduzierung
von 1 Pfennig pro Stunde mit sich. Der Referent,
Genosse Baude, führte aus, daß bei Beginn der Aus-
spernung von 240 Arbeitgebern im Industriegebiet nur 60 re-
organisiert waren. In der siebenten Woche der Ausspernung waren
nur noch 113 Arbeiter im Arbeitgeberbunde. Die nichtorganisi-
erten Arbeiter zahlten einen Stundenlohn von 45 Pfennig
an etwa 2000 Maurern. Aber selbst die Firma Neumann u.
Schlesinger-Beuthen, die am längsten die Ausspernung aushielte,
suchte in der Lokalpresse Maurern zu einem Stundenlohn von
45 Pfennig. Obwohl der Tarifvertrag 1909/10 43 und 45 Pf.
Stundenlohn gewährte, so zahlte man doch 45 Pfennig Stunden-
lohn im Industriegebiet. Nach dem Schiedspruch verläßt die
Vorstand des Arbeitgeberbundes ein Rundschreiben an die Unter-
nehmer, worin sie aufgefordert werden, nur einen Stunden-
lohn von 43 respektive 44 Pfennig zu zahlen.
Die Diskussion über die Zumutung der Unternehmer, ist
weniger lebhaft als vor der Ausspernung zu sehen, war eine
regere. Alle Redner waren für Weiterführung des Kampfes, auf
alle Fälle wolle man an 45 Pfennig Stundenlohn festhalten.

Im 3. Abzweig Bezirk sind auch schon Verträge mit allen,
bis auf vier, Unternehmern abgeschlossen, wonach 1910 45 Pf.,
1911 47 Pf., und 1912 50 Pf. gezahlt werden.
Die christlichen Bauarbeiter verlangen ebenfalls die Weiter-
führung des Kampfes.

Kattowitzer 24. Juni. Hier Vergleiche verunmöglicht.
Ein schwerer Unfall ereignete sich Mittwoch Nachmittag auf
der Donnersmarktgrube. Durch hereinbrechendes Gestein wurden ein
Kauer, ein Lehrling und ein Schlepper verunglückt;
es gelang, sie noch lebend aus den Gesteinmassen hervorzuheben.
Der Führer erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und schwere innere
Verletzungen. Die drei Verletzten wurden ins Königlich-Knapp-
schafstagsamt transportiert. — Ein weiterer Unfall ereignete
sich bei der gestrigen Nachtschicht auf derselben Grube.
Durch eigenes Versehen wurde der 18jährige Grubenarbeiter
Johann Ullmann aus Schwirklan von der Förderseile erfasst
und zu Tode gequält.

Kattowitzer 24. Juni. Unwetter in Rußland. Der
„Kattowitzer Zeitung“ zufolge ist am Sonntag über Petrosavodsk ein
gewaltiges Unwetter niedergegangen. Das Gemitter mit wolkenbruch-
artigen Regens und schwerem Hagelschlag richtete ungeborenen
Schaden an. Der gewaltige Regen verursachte weit und breit große
Ueberschwemmungen. Durch die Wucht des Regenwasser wurden
mehrere Scheunen weggerissen und unter ihren Trümmern fanden sechs
Menschen den Tod. Bei dem Petrosavodsk stürzte ein Rehm-
häuschen in sich zusammen und die Einwohner, eine Witwe mit ihren
vier Kindern, wurden erschlagen. In Gyorom wurden durch einen
Wasserschwall 84 Wohnhäuser eingestürzt. Der Schaden beläuft sich
auf 100.000 Rubel.

Kattowitzer 24. Juni. Gewerkschaftsartikel. Am
Sonntag, den 26. ds. Mts., Vormittags 9 Uhr: Sitzung im Ge-
werkschaftslokal, Ringstr. 8. Wichtige Tagesordnung: Disziplin-
frage, Protestversammlung gegen die Reichsversicherungsordnung und
Gewerkschafts-Sommerfest. Die Vorstände der Verbände und Partei-
organisation sind eingeladen.

Kattowitzer 24. Juni. Sozialdemokratischer Ver-
ein. Am Mittwoch, den 29. ds. Mts., (Peter-Paul), Vormittags
10 Uhr. Mitgliederversammlung. Wo, sagt der Vorstand und des
Kolportier der „Volkswacht“.

Kattowitzer 24. Juni. Parteiver-
sammlung. Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonntag,
den 26. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftslokal,
Brühlweg bei Wall, eine Mitgliederversammlung ab. Zutritt nur
für Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuchs.